

# Lübecker



# Volksbote

Tagesszeitung für

das arbeitende Volk

Nummer 292

Mittwoch, 14. Dezember 1927

34. Jahrgang

## Die Besoldungsordnung vor den Parlamenten

Annahme der ersten 14 Paragraphen im Reichstag / Preußen ist schon fertig

### Triumph des Klassensystems in der Reichsbesoldungsordnung

Im Reichstag begann am Dienstag die zweite Beratung der Besoldungsvorlage. Die Stimmung der Regierungsparteien ist gedrückt. Sie werden der Besoldungsreform nicht froh. Die Beamtenschaft in ihren unteren und mittleren Schichten ist unzufrieden über die Bevorzugung der höheren Beamten. Diese selbst bestreiten, daß ihnen genug gegeben werde. In den Massen der Staatsarbeiter, aber auch im Proletariat der Privatindustrie verweist man auf die eigenen Hungerlöhne, die noch tief unter den Beamtensgehältern stehen, ganz abgesehen von der großen Existenzunsicherheit der proletarischen Schichten. Der Mittelstand ist unzufrieden, weil er weitere Erhöhungen der Steuerlasten befürchtet. Nur die Herren der großen Industrie scheinen mit Freuden der Besoldungsvorlage zuzustimmen, lediglich aus einem politischen Grunde: Ihr Ziel ist, die Beamten durch eine möglichst tiefe Kluft von den Arbeitern zu trennen.

Die Besoldungsvorlage wird das Reich mit 150 Millionen Mark im Jahre belasten. Hinzu kommen die Erhöhungen der Renten für Kriegsbeteiligte usw. mit insgesamt 180 Millionen Mark. Da jedoch vorausgesetzt ist, daß die Länder, die Gemeinden und die Sozialversicherung dem Beispiel des Reiches folgen werden, ist eine jährliche Gesamtbelastung von 1 1/2 Milliarden Mark, über das ganze Reich gerechnet, zu erwarten. Dabei sind

die Aufbesserungen der unteren Beamtenschichten geradezu jämmerlich.

Sie gehen in der Gruppe der Diätare bis auf 5 Mark monatlich herab. Dagegen sind die Zuwendungen an die oberen Beamten sehr hoch. Die Erhöhung dieser Gehälter beträgt 150—300 Mark monatlich, bei den Ministern sogar 500 Mark monatlich. Auch

ein General wird im Jahre 4000 Mark mehr erhalten.

In ihrer Verlegenheit haben die Regierungsparteien im letzten Augenblick im Sozialpolitischen Ausschuss einen Antrag auf eine einmalige Spende von durchschnittlich 9 Mark an die Sozial- und Kleinrentner eingebracht. Selbst in den Reihen der Regierungsparteien ist eine starke Misstimmung über dieses einmalige Weihnachtsgeschenk, verglichen mit den Einkünften der hohen und höchsten Beamten, vorhanden.

Die Debatte zog sich stundenlang hin. Es kam teilweise zu heftigen Äußerungen der Abgeordneten gegeneinander. Die ersten 14 Paragraphen des Besoldungsgesetzes wurden schließlich unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge angenommen. — Dann vertagte sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr.

### Die große Debatte

357. Sitzung, 13. Dezember 1927.

Die Sitzung wird kurz nach 11 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die zweite Beratung des Besoldungsgesetzes. Präsident Löbe teilt zunächst mit, daß nach den Beschlüssen des Vorkommensausschusses die Beratung in zwei Sitzungen durchgeführt werden soll. Bis zum 14. Dezember müßten die Beschlüsse vorliegen, wenn die Auszahlungen noch rechtzeitig vor Weihnachten erfolgen sollen. Als Redezeit sind für jede Fraktion insgesamt zwei Stunden vorgesehen.

#### Abg. Bender (Soz.):

Drei Jahre haben die Regierungsparteien die Beamten auf die Gehaltserhöhung warten lassen, obwohl das Reich zeitweise im Gelde schwamm und die Regierung den Ruhrindustriellen das 700-Millionen-Geschenk machte. Jetzt erst, kurz vor den Neuwahlen, kommen die Regierungsparteien mit der Besoldungsvorlage, die schon vor Jahren fällig war. Hätten Sie (nach rechts) im Sommer 1925 unserem Antrag, den Beamten der unteren Besoldungsgruppen eine 10prozentige Gehaltserhöhung zu gewähren, zugestimmt, dann wäre das Wenige von damals mehr gewesen, als Sie heute den Beamten geben! (Sehr richtig bei der Soz.) Die Sozialdemokratie ist ständig für eine Besoldungspolitik eingetreten, die den Beamten Gehälter gewährt, die den tatsächlichen Lebensverhältnissen entsprechen. Die Regierungsparteien lehnten auf Grund einer Denkschrift der Regierung die Erhöhung der Beamtensgehälter ab. Als die Sozialdemokratie im Dezember 1925 wieder eine Erhöhung der Beamtensgehälter beantragte, legte die Regierung wiederum Material vor, das auch eine Zusammenstellung der im Durchschnitt an Beamte der einzelnen Besoldungsgruppen und an Arbeiter verschiedener Wohngruppen bezahlten Bezüge enthielt. Auch diesmal lehnte die

Regierung eine Erhöhung der Beamtensgehälter mit Rücksicht auf die niedrigen Löhne der Arbeiter ab.

Die Regierung hat immer wieder die niedrigen Löhne der Arbeiter als bestes Material zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Besoldungsanträge benutzt.

Wie das Finanzministerium jetzt aber drüber denkt, das will ich an folgendem Beispiel zeigen. Am 24. November hat mein Parteifreund Hermann Müller-Franken, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, an den Reichsfinanzminister einen Brief wegen der Erhöhung der Arbeiterlöhne geschrieben, in dem auf das dem Reichstag vorgelegte Material Bezug genommen wird. In dem Antwortschreiben darauf heißt

### Fortgang der Schlichtungsverhandlungen in der Schwerindustrie

Ein amtliches Gutachten nach dem Geschmack der Scharfmacher

Börsen, 14. Dezember (Radio)

Am Dienstag vormittag wurden in Düsseldorf die Schlichtungsverhandlungen für die Metallindustrie Nordwest fortgesetzt. Die Schlichtungskammer nahm den Bericht des auf Antrag der Arbeitgeber geladenen Gutachters Dr. van der Vorsten vom Statistischen Reichsamte entgegen. Das Gutachten von der Vorsten kam zu dem Ergebnis, daß auf Grund seiner Erhebungen bei den Vereinigten Stahlwerken eine Arbeitszeitverkürzung in dem von den Gewerkschaften geforderten Ausmaß nicht tragbar sei, und daß eine neue Arbeitszeitverkürzung nur schrittweise durchgeführt werden könne.

es über das Material, daß es „zur Begründung einer Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter nicht verwendet werden kann, da diese Zahlen unvergleichbare Größen sind.“ Warum wurden aber diese Zahlen dazu benutzt, um unsere Anträge der Gehaltserhöhung der Beamten zu bekämpfen? Gerade dieses Material hat doch den Regierungsparteien als Begründung für die Ablehnung unseres Antrages gedient! (Hört, hört! links.)

In der Presse werden jetzt geradezu phantastische Zahlen über die Höhe der Arbeiterlöhne veröffentlicht. Dabei ist festzustellen, daß beispielsweise bei der Reichspost nur in einem Ort, in Hamburg, die Telegraphenarbeiter ihren Friedensreallohn erreicht haben, in allen übrigen Orten bleiben sie wesentlich darunter. Wir haben uns stets mit allen Kräften für die Erhöhung der Bezüge der unteren Beamten eingesetzt, das gibt uns das Recht und legt uns die Pflicht auf, uns ebenso rücksichtslos für die Erhöhung der Arbeiterlöhne einzusetzen.

Ist es denn nicht auch ein Wahnsinn an die Verantwortlichen, wenn nicht nur ein Beamter, sondern auch ein Postkoffer wegen 20 bis 30 Mark seine Existenz und die seiner Familie aufs Spiel setzt? Bei Wochenlöhnen von 25 bis 35 RM., wie sie heute noch in den Reichsbetrieben gezahlt werden, müssen die Arbeiter mit ihren Familien verelenden und verkommen.

Trotzdem lehnt der Minister eine allgemeine Lohnerhöhung ab,

weil die geltende tarifliche Regelung frühestens am 31. März

1928 abläuft. Aber weshalb wird nicht von der in dem Schreiben an meinen Parteifreund Müller genannten Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine neue Vereinbarung geschlossen? Wo die Not in den Arbeiterfamilien so groß ist, da sollte sich der Minister nicht hinter Formalien verstecken.

Der Reichsfinanzminister hat die Beamten als die besten Stützen der staatlichen Ordnung bezeichnet. Er wird wohl mit mir der Ansicht sein, daß auch das 20-Millionen-Heer der deutschen Arbeiter eine Stütze unseres Staates ist, das man nicht dauernd in einem menschenunwürdigen Dasein lassen kann. Die Beamten werden noch vor Weihnachten in den Besitz der erhöhten Bezüge kommen. Ein Teil der Sorge wird ihnen abgenommen. Aber die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben mit ihren Familien werden, wenn Sie (nach rechts) unseren Antrag ablehnen, am Heiligen Abend vor leerem Tische stehen. Deshalb ersuche ich nochmals dringend, nehmen Sie unseren Antrag an, damit auch die Arbeiter zu ihrem Recht kommen! (Lebhaftes Brausen bei den Soz.)

Abg. Laverenz (Dnat.) begrüßt es, daß mit der Vorlage ein altes der Beamtenschaft gegebenes Versprechen eingelöst wird. Die sozialdemokratische Anregung einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre lehnen die Deutschnationalen ab. Sie wünschen eine Zusammenfassung des Behördenaufbaues und in Verbindung mit der Verwaltungsreform eine durchgreifende Verfassungsreform.

Abg. Morath (DVP.) gibt für seine Fraktion eine ähnliche Erklärung ab. Er wünscht, daß die Vorlage so schnell wie möglich verabschiedet werde. Die von der Sozialdemokratie geforderte vorherige Verständigung mit den Beamtenorganisationen lehne er ab.

die Deutsche Volkspartei werde nicht zugeben, daß die Beamten auf eine gleiche Rechtsstufe mit den Arbeitern gestellt werden.

Abg. Seydel (Soz.) erwidert den beiden Vordrednern, die eine eilige Verabschiedung der Vorlage gewünscht haben, es wäre schneller gegangen, wenn die Regierungsparteien nicht so viel Zeit gebraucht hätten, um zu einer Verständigung über die einzelnen Punkte zu kommen. Die Beratungen hätten auch kürzere Zeit in Anspruch genommen, wenn der Reichsfinanzminister sich vorher mit den Organisationen der Beamten in Verbindung gesetzt hätte. Herr Dr. Köhler hat in seiner Magdeburger Rede

falsche Hoffnungen erweckt,

da er die Erhöhungen der Gehälter in Prozentziffern ausrechnete. Hätte er die einzelnen Erhöhungen in Mark genannt, so würde man bald erfahren haben, wie gering die Zulagen bei den unteren Gruppen sind und auch Herr Stegerwald wäre eines anderen belehrt worden. Manche Beamte werden sich durch die Reform in Zukunft sogar noch schlechter stellen, von sozialen Gedanken ist in der Vorlage überhaupt keine Rede. Der Gesetzentwurf ist wohl nur deshalb so schlecht ausgefallen, weil er seinen Ursprung in Marienthal hat und da wohl manche Störungen eingetreten sind. (Seiterkeit.) Einige Beamtengruppen bekommen die Prozente, die anderen das Geld. Die neue Gruppeneinteilung ist

ein ausgeprochenes Klassensystem;

wer unten ist, soll unten bleiben, wer in der Mitte ist, bleibt in der Mitte, aber die oberen bleiben immer höher unter sich. Der alte Klassengeist unter den Beamten wird wieder erweckt. Der Reichsinnenminister könnte manches wieder ausgleichen, was

## Neuer Umsturz in China

Sowjetregierung in Kanton

London, 12. Dezember. (Eig. Bericht.)

Die im Laufe des Montag über China hier eingelaufenen Nachrichten berichten über einen kommunistischen Handstreich in Kanton. Das „Rote Bauern- und Soldatenkorps“, eine aus 5000 Mitgliedern bestehende Organisation, soll, unterstützt von einem Teil der regulären nationalen Armee, der zu den Kommunisten übergegangen ist, sich fest in dem Besitz der Stadt Kanton befinden. Die Revolutionäre haben angeblich gleichzeitig eine Proklamation erlassen, in der es heißt, die vereinigten Streitkräfte der Bauern und Arbeiter hätten endgültig von der Stadt Besitz ergriffen. Die Mehrzahl der an dem Handstreich beteiligten Personen seien aktive Soldaten der Nationalarmee.

Kanton ist — wie weiter gemeldet wird — mit Plakaten überflutet, in denen General Li Tschai Sun, der bisherige Kommandant von Kanton, Tschiang Kai Schek, der am Sonntagabend neuerlich zum Oberkommandierenden der Nationalarmee ernannt worden war und eine Reihe anderer Generäle und Politiker der Kuomintang als Verräter an China bezeichnet werden und die chinesische Nationalpartei Kuomintang selbst ein Feind der Revolution genannt wird. Lediglich die roten Bauern und Soldaten seien in der Lage, die Massen zu beschützen.

\*

Die britische Regierung hat dem Parlament am Montag eine Nachtragsforderung von 3 Millionen Pfund Sterling für die Chinesen überreicht.

### Amerika landet Kanonen

London, 13. Dezember (Eig. Bericht)

Das „Rote Arbeiter- und Bauernkorps“, das sich am Sonntag morgen in den Besitz der Stadt Kanton setzte, hat nunmehr, wie aus China gemeldet wird, eine „Sowjetregierung von Kwangtung“ ausgerufen. Der Vorsitzende des Sowjets ist der frühere Sekretär der Volkswisten Borodin. Die Lage ist undurchsichtig, jedoch scheint der Versuch des Generals Li, Kanton zurückzuerobern, vorläufig gescheitert zu sein. Die Ausländer sind von britischen und amerikanischen Schiffen nach der neuen Siedlung von Kanton, Schamin, gebracht worden. Die Amerikaner haben selbst Geschütze zur Verteidigung des Konsulats gelandet. Die neue Regierung, die eine „Rote Fahne“ betitelte Zeitung herausgibt, hat eine Proklamation erlassen, in welcher das Eigentum an Häusern und Land als „sozialisiert“ bezeichnet wird. Gleichzeitig mit dem Kommunistaufstand in Kanton hat sich in verschiedenen Teilen Chinas ein Wiederaufleben der kommunistischen Agitation und Bewegung bemerkbar gemacht.

In Hankau sind inzwischen mehrere kommunistische Agitatoren hingerichtet worden. Es hat den Anschein, daß auch dort ein ähnlicher Handstreich wie in Kanton vorbereitet wird.



# Der Arensdorfer Mordprozess

## Freiheit eines Junkers / Wertwölfe als Zeugen

Frankfurt a. O., 13. Dezbr. (Eig. Bericht)

In der Dienstag-Verhandlung im Arensdorfer Mordprozess gab es zunächst eine Ueberprüfung. Der bekannte Junker von Arensdorf, der Führer des Stahlhelms und des Werwölfs in Arensdorf, befand sich seit dem Beginn der Verhandlung im Zuhörerraum, um jede einzelne Zeugenansage persönlich zu kontrollieren. Die Vertreter der Nebenkläger hatten bereits am Montag mehrfach den Antrag gestellt, ihn als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht hat diesen Antrag immer wieder zurückgestellt, so daß der Junker dauernd im Zuhörerraum verbleiben konnte. Am Dienstag wiederholten die Vertreter ihren Antrag und stellten gleichzeitig an das Gericht das Ersuchen, durch Beschluß dem Arensdorfer Junker aufzugeben, sich auf andere Art zu veranlassen, den Zuhörerraum zu verlassen.

Der Vorsitzende kam diesem Ersuchen nach und richtete in Herrn von Arensdorf eine entsprechende Forderung. Der Junker erklärte aber fallschuldig, sich einer solchen Wille nicht zu fügen.

Da sie darauf hinauslaufe, ihn von der Verhandlung auszuschließen. Das Schwurgericht mußte sich, da es sich nicht entschließen konnte, den Herrn als Zeugen zu laden, diese Entscheidung gefallen lassen. Daraufhin ließ ihn der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt Falkenfeld direkt als Zeugen laden, so daß er jetzt doch gezwungen war, den Zuhörerraum zu verlassen.

Die Vernehmung der Arensdorfer Zeugen zog sich im übrigen sehr lange hin. Bemerkenswert war zunächst die Mitteilung eines Berliner Verwaltungsinpektors Winkler, der als Reichsbannermann allein von Berlin nach Frankfurt fuhr und auf der ganzen Strecke nirgends belästigt wurde, mit Ausnahme von Arensdorf, wo er etwa eine halbe Stunde vor dem Auto aus Ernter durchkam. Er wurde hier von einem älteren Manne beschimpft und mit Steinwürfen bedroht. Dann schloß die Landwirtschafter Weinberg, wie der 15jährige Hoffmann mit Werwolfmütze den auf dem Kabe sitzenden Reichsbannermann Klemowicz mit dem Stock bedrohte, der Werwolfmütze mit dem Stock des Hoffmann den Reichsbannerleute vom Auto hinzugeeilt kamen, um ihren Kameraden zu beistehen.

Im Verlauf der Vernehmung erklärte Hoffmann, er sei stolz auf den Werwolf und wolle bestimmt in ihn eintreten. Einstweilen gehöre er ihm nicht an, weil er noch zu jung sei, aber er habe sich die Mütze vom eigenen Gelde gekauft, um damit zu paradien. Er sei

### Mitglied des Junglandbundes

und mache die Schießübungen des Junglandbundes und des Werwolf, die gemeinsam abgehalten werden, ebenso mit wie die gemeinsamen sportlichen Veranstaltungen. Leiter des Junglandbundes und des Werwolf ist ein Angestellter des Herrn von Arensdorf. Hoffmann muß zugestehen, daß er mit dem vorüberfahrenden Radfahrer Klemowicz einen Streit begonnen hat. Er endete damit, daß er den Radfahrer mit dem Stock bedrohte. Hoffmann bekennt aber, wirklich zugeschlagen und sich auch sonst an der Prügelei beteiligt zu haben. Ziemlich, der etwas älter ist als Hoffmann — etwa 20 Jahre — macht einen stupiden Eindruck und gibt an, daß er

### Mitglied des Werwolf

war. Ein Hakenkreuzer habe ihn wenige Tage vor der Mord-

tat anlässlich eines Besuchs in Arensdorf als Mitglied der Nationalsozialisten erworben, ihm eine Armbinde gleich da gelassen und eine Uniform später nachgeliefert. Befragt, was die Hakenkreuzer beabsichtigten und was nach seiner Meinung das Hakenkreuz für eine Bedeutung habe, gibt er ausweichende Erklärungen und erwidert den Anschein, als ob er über Sinn und Zweck irgend einer Organisation überhaupt keine Vorstellung hätte. Er bestritt, die Angehörigen des Reichsbanners bei ihrer Fahrt durch Arensdorf auch nur im geringsten beschimpft zu haben, gibt aber zu, daß er ohne äußeren Anlaß auf die sich Streckenden, Klemowicz und Hoffmann, Hinzugegangen sei und mit dem Stock des Hoffmann auf Klemowicz eingeschlagen habe. Als später die anderen Reichsbannerleute kamen, will Ziemke davon gelaufen sein, um in dem Hause eines Landwirts Walewicz Unterschlupf zu suchen. Die Intelligenz dieses Burlesken steht im umgekehrten Verhältnis zu der Sucht, mit Uniform und Binde herumzulaufen.

Wesentlich ist für die Anklage vor allen Dingen

### die Aussage mehrerer älterer Dorfeinwohner,

die übereinstimmend bekunden, daß bei der Verfolgung der Reichsbannerleute die beiden Schmeltzer nicht nebeneinander gingen, der eine mit der Gabel, der andere mit der Pike, und daß der Vater keinerlei Anstalten gemacht habe, dem Sohne die Pike zu entreißen. Eine Frau, die in der Nähe stand und die Dinge beobachtete, hat gehört, daß dem Sohne zugerufen wurde: „Schließ doch!“ Nach ihrer Meinung kam dieser Zuru vom Vater des August Schmeltzer selbst, trotzdem das im Getümmel nicht genau zu unterscheiden war. Ein 14jähriger Schüler, der aus Neugier die Dinge verfolgte, befindet mit überaus großer Klarheit und Sicherheit, daß dem Sohne zugerufen wurde:

### „August, nun aber ran mit der Pike!“

Auf wiederholte Kreuz- und Querfragen äußerte er, daß nach seiner Meinung der Vater, dessen Stimme er sehr genau kennt, diesen Zuru getan hat. Die Verteidigung sucht den Jungen als unglaubwürdig hinzustellen, was indessen sein eigener Vater, der auch als Zeuge vernommen wird und dem Ruffhäuser angehört, entschieden ablehnt. Mehrere Zeugen bekräftigen denn noch, daß Ziemke und Hoffmann den Reichsbannerleuten zugerufen haben: „Mößt ihr jungen!“ und ähnliche beschimpfende Ausrufungen. Niemand aber hat gesehen, daß wie August Schmeltzer zu seiner Verteidigung behauptet, vom Reichsbannerauto auf ihn, wie er sich ausdrückte, wie wild geschimpft worden sei.

Vielmehr ist das Auto durch das ganze Dorf in voller Friedlichkeit hindurchgefahren, ohne irgend jemand zu belästigen.

Es wird ferner festgestellt, daß die beiden Schmeltzer nach vollbrachter Tat gemeinsam und friedlich und ohne sonderliche Aufregung wieder nach Hause zurückgekehrt sind. Der Vater behauptet allerdings, später noch in die Kneipe des Dries gegangen und dort am gleichen Tage noch von der Frankfurter Polizeimannschaft festgenommen worden zu sein.

Jugendwelche Aufregung, die auf eine Gefühlsregung schließen könnte, hat bisher niemand an August Schmeltzer festgestellt. —

Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt.

das Finanzministerium schlecht gemacht hat, aber wir haben zu beten von Steuereinstellung nicht das Vertrauen, daß er die Vorarbeiten über die Laufbahn der Beamten in demokratischem Sinne anwenden wird. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft der Beamten hat von dieser Vorlage verlangt: Werkt das Schicksal in die Wollschicht!

Abg. Dietrich Baden (Dem.) mußte an dem Montag bei den Regierungsparteien der Mangel an Herren Ministern und einer festen Führung gesehelt haben. Sehr bemerkenswert ist, daß auch die Beamten teilweise des Glaubens seien, die Befolungsordnung werde durch eine allgemeine Teuerung wieder weit gemacht werden. Zu einer Preissteigerung liege gar kein Anlaß vor, da die Befolungsreform nicht zu Steuererhöhungen führt. Die Aufhebung der Beamtengehälter sei notwendig, nicht nur im Interesse der Beamten, sondern auch des Staates. Unberechtigt seien die Klagen über die angeblich hohe Befolung der Wirtschaft durch die Beamtengehälter. Für ein unbeschäftigtes Beamtenum sei eine anständige Befolung erforderlich.

Abg. Forster (Konrad.) behauptet, daß die Beamten nach dem Ausfall dieser Befolungsreform jede Hoffnung auf das Parlament aufgeben könnten. Sie würden später die bösen Folgen dieses Gesetzes spüren. Die Haltung der Sozialdemokraten im Ausschuss habe den Eindruck erweckt, als ob sie ihre Minister in Preußen für ausgemachte Trottel hielten. (Präsident übertrug diesen Ausdruck.) Diese Befolungsreform sei das reaktionäre Produkt der reaktionären Minderheiten.

Abg. Lude (Wirtsch. Vereinig.) bezweifelt, ob es möglich sei, die Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter ohne neue Steuerbelastung zu beschaffen.

### ein Änderungsantrag der Regierungsparteien

eingegangen, wonach für die Dauer von zunächst fünf Jahren, beginnend mit dem 1. April 1928, von je drei freien oder frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen der Befolungsordnung A (ausgehende Gehälter) eine Stelle weggelassen soll, falls die Gehälter durch eine Mißkraft wahrgenommen werden könnten. Diese Bestimmung soll für Länder, Gemeinden und Organe des öffentlichen Rechts entsprechende Anwendung finden. Ausnahmen sollen nur mit Zustimmung des Reichsfinanzministeriums statthaft sein.

Abg. Meckate (Zentr.) gibt für die Zentrumsfraktion die Erklärung ab, daß sie einig sei in der Erkenntnis, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter nicht länger aufgeschoben werden könne. Meinungsverschiedenheiten beständen innerhalb der Fraktion nur über das Ausmaß und die Voraussetzungen. Breite Schichten der Arbeiter und Angestellten litten noch unter unzureichenden Löhnen und Gehältern. Infolge dieser Tatsachen trage eine Minderheit der Zentrumsfraktion Bedenken, der Befolungsreform zuzustimmen. Die Mehrheit der Fraktion werde ihr unter der Voraussetzung zustimmen, daß der Antrag auf Verminderung der Beamtenstellen angenommen wird.

Abg. Dr. Stegerwald (Zentr.) erklärt als Vertreter der Fraktionsminderheit des Zentrums, er sei nicht grundsätzlicher Gegner einer Befolungsreform, wolle ihr aber nur in Verbindung mit einer Verwaltungsreform zustimmen.

Er reden dann noch eine ganze Reihe Vertreter der kleinen und kleinsten Fraktionen. Dann schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelberatung begründet Abg. Hofman (Soz.) einige Anträge der sozialdemokratischen Fraktion, die im Interesse der Versorgungsbeamten gestellt sind und die insbesondere die diätarische Dienstzeit und die Anrechnung der tatsächlich abgeleiteten Dienstzeit betreffen. Die bürgerlichen Parteien haben gerade den Versorgungsbeamten in den letzten Jahren große Versprechungen gemacht, die jetzt wieder in Vergessenheit geraten sollten. — Abg. Steinkopf (Soz.) begründet einen Antrag der Sozialdemokratie, wonach die oberste Reichsbehörde Kinderzuschläge auch für Pflegekinder und Enkel gewähren kann, wenn der Beamte diese in seinem Haushalt aufgenommen hat und für ihren Unterhalt und für ihre Erziehung keinerlei Vergütung erhält. Ferner wünscht die Sozialdemokratie eine Erklärung der Regierung, ob sie bereit ist, die Kinderzuschläge zu erhöhen? — Geheimrat Becker vom Reichsfinanzministerium erwidert hierauf, daß die Regierung eine solche Erklärung nicht abgeben könne.

Abg. Schmidt-Steglich und Abg. Frau Lübers (Dem.) begründen einige Änderungsanträge der demokratischen Fraktion, die Anrechnung der Dienstzeit bei den Versorgungsbeamten, den Wohnungsgeldzuschuß für verheiratete weibliche Beamte und den Kinderzuschlag betreffend.

Der erste Abschnitt der Befolungsvorlage, enthaltend die §§ 1 bis 14, wird unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen. Das Haus stimmt lediglich einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach Kinderzuschläge auch für Pflegekinder und Enkel, die im Haushalt des Beamten aufgenommen sind, gewährt werden können.

Am 19½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 10 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung, einmalige Weihnachtsbeihilfen an Sozial- und Kleinrentner.

## In Preußen Klingt's ganz anders

Berlin, 13. Dezember (Eig. Bericht)

Der Preussische Landtag nahm am Dienstag die zweite Lesung der Beamtenbefolung vor. Lohnsteigerungen und Gehaltserhöhungen sind gegenwärtig unvermeidlich, weil sie im besten Falle nur einen dürftigen Ausgleich für die durch Zölle und Mieterhöhungen bewirkte Teuerung darstellen. So rückt sich die Wirtschaftspolitik des Bürgerblades.

Selbstverständlich würde die Beamtenbefolungsvorlage anders aussehen, als sie am Dienstag im Preussischen Landtag beschlossen wurde, wenn die Sozialdemokratie allein zu bestimmen hätte und die Finanzlage normal wäre. So aber sind die Staaten, abhängig vom Reich, in äußerster Knappheit und Mangel, immerhin hat im Kampfe um die Beamtenbefolung die Sozialdemokratie in Preußen viel durchgesetzt. Ihr ist es zunächst zu verdanken, daß die erhöhte Beamtenbefolung überhaupt Wirklichkeit wurde. In dem Bürgerblat der Regierung gab es so viele Meinungsverschiedenheiten und Querzweckereien, daß man wahrscheinlich nie damit fertig geworden wäre, wenn nicht Preußen gedrückt hätte. Außerdem hat die Sozialdemokratie dafür gesorgt, daß entgegen den Intentionen Stegerwalds, die erhöhte Beamtenbefolung zu 100 Proz. und nicht zu 75 Proz. ausbezahlt wird, und in mühseligen Verhandlungen über die Regierungsvorlage hinaus erhebliche Verbesserungen für die unteren Beamten erzielt wurden. Das gilt insbesondere für Gehaltswärter, Justizwahrmeister und Polizeibewachmeister. Schließlich gelang es der S.D., daß zum Zwecke einer leichteren Deckung der neuen Ausgaben das Anhangsgehalt der höheren Beamten und Akademiker herabgesetzt und dadurch die Luft zwischen mittleren und höheren Beamten verringert wurde.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Simon und Dr. Hamburger hoben diese Erfolge der sozialdemokratischen Bemühungen im Verlauf der Diensttags-Sitzung mit berechtigter Genugtuung hervor. Im übrigen fand die Vorlage bei der Opposition nur sehr gemäßigten Widerstand, insbesondere zeigten sich die Deutschnationalen überraschend loyal. Bedinglich die Deutsche Volkspartei gefiel sich in demagogischen Anträgen, die ihr Gelächter eintrugen, weil sie die gleichen Anträge in Reiches Mütze bekämpften. — Die Vorlage wurde schließlich in dritter Lesung angenommen. — Mittwoch Vorlegung des Etats durch den Reichsfinanz-

## Das Ende der Gutsbezirke in Preußen

Gestern verabschiedete der Landtag das Gesetz

Am Montag wurde im Preussischen Landtag ein Gesetzentwurf verabschiedet, dessen Verwirklichung die Aufhebung von 12 900 selbständigen Gutsbezirken zur Folge hat. Diese Gutsbezirke sind trotz der Staatsumwälzung bestehen geblieben; die jahrelangen Bemühungen der preussischen Regierungsparteien, das Veräuferte nachzuholen, blieben bisher infolge der deutschen nationalen kommunistischen Obstruktion ohne Erfolg.

Die Bewohner der jetzt aufzulösenden Gutsbezirke waren bisher Staatsbürger zweiter Klasse. Sie hatten nicht einmal das Recht, sich eine Gemeindevertretung zu wählen und ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten. Der Gutsbesitzer war gleichzeitig Gutsvorsteher und in dieser Eigenschaft auch Polizeierhalter in seinem Bezirk. Er bestimmte selbstherrlich und ohne Rücksicht auf die Interessen der in seinem Bezirk lebenden Arbeiterschaft. Diesem mittelalterlich klingenden Zustand wird jetzt ein Ende gemacht. Tausende und Aber-tausende von Landarbeitern gelangen nunmehr in den Besitz des Gemeindegewaltrechts, sodaß vermuthlich das Bild der Gemeindevertretungen, insbesondere im Osten Preußens, in Zukunft wesentlich anders sein dürfte.

\*

Der preussische Minister des Innern hat angeordnet, daß die notwendigen Arbeiten zu den Ausführungsbestimmungen des vom preussischen Landtag verabschiedeten Gesetzentwurfes unverzüglich erledigt werden. Der Beschluß des Landtages dürfte also schnellstens in die Tat umgesetzt werden.

## Wie die 25 Millionen bewilligt wurden

Ein parlamentarischer Trauerspiel

Die Beratung im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages über Weihnachtsbeihilfen für Klein- und Sozialrentner offenbarte am Dienstag eine Verwirrung innerhalb der Regierungsparteien, die nicht mehr überboten werden kann. Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärte zunächst, daß die Reichsregierung insgesamt 25 Millionen Mark bereitstelle und die Verteilung an die einzelnen Rentnerschichten dem Reichstag überlasse. Frau Abg. Teusch (Ztr.) begründete darauf einen Antrag, wonach die Hauptunterstützungsempfänger in der Kleinrentnerfürsorge der Invalidenversicherung und der Krisenfürsorge eine einmalige Beihilfe von je neun Mark, die Waisen und die Zuschlagsempfangler je drei Mark erhalten sollen. Außerdem soll die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ermächtigt werden, für ihre Rentner aus eigenen Mitteln eine entsprechende Weihnachtsbeihilfe zu gewähren. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei stellten den Gegenantrag, lediglich den Kleinrentnern eine Beihilfe in der Höhe der letzten Monatsunterstützung zu geben. Abg. Karsten (Soz.) erklärte die Deutschnationalen, die erst vor wenigen Tagen die Verabschiedung des Kleinrentnergesetzes verhindert haben und nun aus agitatorischen Gründen plötzlich noch für die Kleinrentner eintreten wollen. Er betonte, daß die Sozialdemokratie entschei-

denen Wert auf die Erhöhung der laufenden Renten lege. Bei Gewährung einer einmaligen Beihilfe müsse die gleiche Bezahlung für Klein- und Sozialrentner gefordert werden. Karsten verlangte, daß auch den Empfängern von Kindergeld in der Invalidenversicherung sowie den ehemaligen Reichsarbeitern und Reichsangehörigen, soweit sie keine Invalidenunterstützung beziehen, aber doch unterstützungsbedürftig sind, ebenfalls die Beihilfen gewährt werden. Ferner beantragte die Sozialdemokratie in der Knappschafts- und Unfallversicherung ebenso zu verfahren wie bei der Angestelltenversicherung.

Bei der Abstimmung wurde auf Antrag der Sozialdemokraten zunächst grundsätzlich entschieden, daß alle Gruppen gleiche einmalige Unterstützung bekommen, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei übten Stimmenthaltung. Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der vom Zentrum vorgeschlagenen Sätze wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Dagegen fanden die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge mit Ausnahme desjenigen, der sich auf die Knappschafts- und Unfallversicherung bezog, Annahme. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde dann der verbesserte Zentrumsantrag angenommen.

## Die feudale Reichswehr

Berlin, 14. Dezember (Radio)

Der General Krefz von Kressenstein wurde vom Reichswehrminister zum Nachfolger des am 1. Januar 1928 in den Ruhestand tretenden Führers des Reichswehrgruppenkommandos 2 Rassel, General Reinhardt, ernannt.

## 4 Millionen Reichsmark Aufwertung

Natürlich für einen Fürsten

Schwerin, 13. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Der mecklenburgische Landtag nahm am Dienstag eine Abfindungsvorlage über die Auseinandersetzung mit dem vormals großherzoglichen Hause an. Danach werden die von dem Großherzog an den Freistaat Mecklenburg-Schwerin gestellten Aufwertungsansprüche mit 4 Millionen abgegolten. Dieser Betrag soll am 15. Dezember zur Auszahlung gelangen. Das Land Mecklenburg erzielt mit der Annahme dieses Vergleichs eine Ersparnis von etwa 6 Millionen Mark.

## Bürgerblockfieg in Lettland

Riga, 13. Dezember (Eig. Drahtber.)

Die lettische Linkregierung ließ am Dienstag das Parlament von ihrem bevorstehenden Rücktritt unterrichten. Die Demission ist auf die schwierigen parlamentarischen Verhältnisse zurückzuführen, durch die jede sachliche Arbeit seit Monaten unmöglich gemacht wurde. Immerhin hat das Kabinett bisher sämtliche oppositionellen Angriffe überstanden. Die neue Regierung dürfte aus Mitgliedern sämtlicher bürgerlicher Parteien bestehen.



# Mein Landesverrat

## Tragikomödie in zwei Teilen

von Dr. h. c. Freiherr von Schoenaich, Generalmajor a. D.

### I. Teil Herr Gessler

Im Mai d. J. teilte ich in vertraulicher Eingabe dem Herrn Reichsanwalt Vorgänge in der Reichswehr mit, die ich für innen- und außenpolitisch sehr bedenklich hielt. Ich kannte den Geschäftsgang der Behörden genau genug, zu wissen, daß der Reichsanwalt die Eingabe zwar gar nicht zu sehen bekäme, daß die Kanzlei sie einfach an das Reichswehrministerium weitergeben würde, aber ich wählte den Weg trotzdem, weil Beschwerden an das Wehrministerium erfahrungsgemäß sonst einfach in den Papierkorb wandern.

Als ich nach mehreren Wochen noch keine Antwort erhalten hatte, beschloß ich, auf den Wehrminister dadurch einen Druck auszuüben, daß ich in der Presse unter der Überschrift „Soldatenspielererei“ einen Artikel veröffentlichte, in dem ich mich gegen die Uniforminterlikiden und sinnlose Bewaffnung wandte. Ich flocht in den Artikel aber ein Schlüsselwort ein, das nur der Verstehe konnte, der außerdem meine Eingabe an den Reichsanwalt kannte, also die Reichskanzlei und die bearbeitende Stelle des Wehrministeriums.

Am 20. Juli, drei Wochen nach Veröffentlichung meines Artikels, wurde mir auf dem Amtsgericht meines Wohnortes Reinfeld mitgeteilt, daß der Herr Oberreichsanwalt in dem Satz des Artikels, der das Schlüsselwort enthielt, den Versuch des Landesverrats erblickte.

Unter normalen Verhältnissen hätte ich auch alles, was in der Eingabe an den Reichsanwalt stand, veröffentlichten können, denn auch darin stand nichts, was nicht dem gesamten Auslands bekannt war. Da wir aber in Deutschland zurzeit sehr anormale Verhältnisse haben, hatte ich absichtlich einen scharfen Unterschied gemacht zwischen der Eingabe an den Kanzler und dem Artikel. Daß der Artikel auch in der anormalen Beleuchtung des Wehrministeriums und des Oberreichsanwaltes nichts „Verdächtigendes“ enthielt, wird der zweite Teil dieses Theaterstückes enthüllen.

Die nackte Tatsache ist also, daß Herr Gessler mich anklagen ließ, weil ich ihn an den Reichsanwalt verraten hatte. Du lästst, geneigter Leser, aber Herr Gessler hat nur das getan, was zur Regel werden wird, wenn der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch Gesetz werden sollte. Dort ist eine Mitteilung ungesetzlicher Dinge in der Reichswehr an den Reichsanwalt mit Zuthaus nicht unter fünf Jahren bedroht.

### II. Teil Herr Werner

Ich bin bei unserer Justiz auf allerhand gefaßt, aber als mir das Amtsgericht Reinfeld von dem Schreiben des Oberreichsanwaltes Mitteilung machte, war ich zunächst einfach baff. Da ich allerlei Fingergeln witterte, war ich in meiner Aussage sehr vorsichtig. Zu Hause angekommen, fielen mir noch einige weitere Dinge ein, die ich, um volle Klarheit zu schaffen, in unmittelbarem Brief dem Oberreichsanwalt mitteilte. Dieser Brief hat Herrn Werner anscheinend den Eindruck gemacht, daß die von meinem Brotherrn beabsichtigte Einschüchterung geglückt sei. Für den nun beginnenden heiteren Teil lasse ich unseren Schriftwechsel am besten selbst reden.

#### 1. Der Herr Oberreichsanwalt am 7. September 1927 an mich

Auf das Schreiben vom 30. Juli 1927 teilte ich Euer Hochwohlgebornen mit, daß mir noch die Aufklärung einiger Punkte erforderlich erscheint, die am zweckmäßigsten durch Ihre persönliche Vernehmung geschieht. Da mir Mittel nicht zur Verfügung stehen, um Ihnen die Kosten der Reise nach Leipzig zu ersetzen, frage ich an, ob diese Vernehmung etwa anlässlich eines gelegentlichen Aufenthaltes Ihrerseits in Leipzig oder Berlin in nächster Zeit durch meinen Sachbearbeiter erfolgen kann.

#### 2. Meine Antwort vom 9. September 1927

Ich glaube nicht, daß ich in nächster Zeit in Leipzig oder Berlin zu tun haben werde. Besondere Mittel zur Reise dorthin stehen auch mir leider nicht zur Verfügung. Außer dem, was ich vor dem hiesigen Amtsgericht, in meinem Brief an Sie vom 30. Juli 1927 und in verschiedenen Artikeln der deutschen Presse über den Fall gesagt und geschrieben habe, habe ich nichts weiter auszusagen. Die persönliche Vernehmung muß daher vorläufig unterbleiben. Wenn es trotzdem zu einem förmlichen Verfahren kommen sollte, werde ich den

Rechtsanwalt Dr. Paul Levi, W. d. R., mit meiner Vertretung beauftragen.

#### 3. Der Oberreichsanwalt am 6. Oktober 1927 an mich

Da der unterzeichnete Reichsanwalt demnach aus anderem dienstlichen Anlaß in dortiger Gegend weilt, ist es erwünscht, bei dieser Gelegenheit die nach meinem Schreiben vom 7. September 1927 erforderliche Aufklärung einiger Punkte in persönlicher Unterredung vorzunehmen. Ich bitte Sie daher, sich zu einer solchen am 13. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr, im dortigen Amtsgericht einzufinden.

#### 4. Meine Antwort vom 9. Oktober 1927

Durch dringende Geschäftsreisen bin ich verhindert, am 13. Oktober 1927 vor dem Amtsgericht Reinfeld zu erscheinen. Auch wenn ich am 13. Oktober in Reinfeld wäre, würde ich weitere Auslagen verweigern. Ich habe den Rechtsanwalt Dr. Levi mit meiner Vertretung beauftragt. Bevor er nicht Einblick in die Akten genommen hat, kann er mich nicht beraten. Auslagen ohne seinen Rat werde ich nicht machen.

Da der Oberreichsanwalt Dr. Levi den Einblick in die Akten verweigert hat, halte er sich nunmehr vollkommen festgesetzt, und das war natürlich der Zweck meines Briefes gewesen. Ich beneidete ihn um seine Lage nicht. Er hatte nur die Wahl, entweder Dr. Levi zu zeigen, auf wie fadenscheiniger Unterlage das ganze Verfahren eingeleitet worden war, oder daß meine angebliche weitere Vernehmung auch nur in das Kapitel Einschüchterungsversuch gehörte. Daß von einem förmlichen Verfahren, selbst bei dem heutigen Stande der politischen Justiz, keine Rede sein konnte, war mir keinen Augenblick zweifelhaft.

Herr Werner hat den zweiten Weg gewählt und mir unter dem 5. Dezember 1927, also zwei Tage vor der großen öffentlichen Kundgebung in Leipzig, mitgeteilt, daß er das Verfahren gegen mich eingestellt hätte.

### Und nun die Schlussbetrachtung

Ich glaube, eine innerlich brichtere Regierung als unsere derzeitige hat es in der Weltgeschichte noch nie gegeben. Der Kanzler muß sich von seinem Wehrminister alles restlos gefallen lassen, sonst geht das Kabinett in die Brüche. Der Außenminister muß nach außen eine Politik machen, die vertragstreu aussehen soll, innen muß auch er sich von seinem Kollegen, dem Wehrminister jeden Krüppel zwischen die Beine

werfen lassen, den die anwachsenden getriebenen, in Wahrheit sehr kurzlichigen Referenten des Wehrministers irgendwo auf der Straße aufsummeln.

Daß der Oberreichsanwalt ein vom Wehrminister abhängiger Beamter ist, der zu gehorchen oder zu verweigern hat, ist bekannt. Herr Werner soll sich in Privatgesprächen mit dem Reichsanwalt unter dem Vorwand, daß er keine Anwesenheit des Reichsanwaltes in Leipzig außerhalb des Reichsgebietes vertrieben, Tarif ich fragen, nach welchem Paragraphen er in meinem Fall behandelt hat?

Ich meine, es gibt auch für einen abhängigen Beamten eine Grenze, die zu überschreiten ihm kein Recht und kein juristisches Gewissen verbieten sollte. Ich habe in keiner Stelle dem Herrn Dr. Gessler den ganzen Prozess laugig vor die Nase geworfen und wäre in Pension gegangen. Vielleicht hilft die juristische Klugheit, die sich das Reichsgericht am 7. Dezember 1927 in öffentlicher Verlautbarung in Leipzig ausgesprochen hat, etwas nach.

Aber was soll nun weiter werden? Von einer Regierung, die nicht einmal wagt, den Schmutz des Kapitän-Lohrmann-Standales dem Reichstag gewichtig, denn der Öffentlichkeit klar zu legen, ist natürlich nichts zu erhoffen! Die Wähler warten darauf! Sie haben das Vertrauen und Kompromissien satt!

### Die getränkte Erzellenz

Eine Haupt- und Startaktion hatten die Deutschnationalen daraus gemacht, daß die preussische Regierung es gewagt hatte, dienstliche Briefe an den Admiral von Schröder zu schreiben, ohne ihn darin mit Erzellenz anzureden. Eine Anfrage im Landtag war die Folge. Ein Herr Rittershaus der sich zum parlamentarischen Anwalt der getränkten Admiralschere gemacht hatte, stellte dabei sogar die Behauptung auf, von Schröder habe auf Grund der republikanischen Verfassung das Recht, den Titel Erzellenz zu beanspruchen!

Die Antwort des preussischen Innenministers auf diese Anfrage ist kurz und bündig. Sie stellt fest, daß der Titel Erzellenz einem Beamten nur das Recht gebe, diese Bezeichnung zu führen, einen Rechtsanspruch darauf, daß er mit diesem Titel angeredet werden müsse, habe ihm nicht einmal die alte kaiserliche Verfassung gegeben. Daher könne von einer Verletzung des Artikels 129, der von den wohlworbene Rechten der Beamten handelt, keinesfalls die Rede sein.

Eine derartige Erwiderung haben die Deutschnationalen sicherlich nicht erwartet. Aber schließlich blamiert sich jeder, so gut er kann. In dieser Beziehung scheinen die Deutschnationalen ein geradezu unerschöpfliches Bedürfnis zu haben.

## Wrensdorf vor Gericht.



Der Verteidiger: „Ein Wehrwolf ist, wie schon der Name sagt, ein harmlos-friedliches Geschöpf...“

## Der arme Buchbinder

Roman von Hermann Horn

20. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

Es war nicht viel Licht in dem Raume, und so gewahrte der neue Gefangene erst nach einer Weile auf einer der zwei Bänke, die es hier gab, einen Mann liegen. Der hatte sich halb auf den Ellbogen aufgerichtet und erhob sich nun.

Er war ein verwitterter Mensch mit einem großen Schnauzbar in einem roten, aufgebunnenen Gesicht, aus dem die grauen Augen stark hervorstachen.

„Na,“ sagte der Mitgefangene, „warum hams denn dich da reingelockt?“

„Ich denke, ich komme morgen wieder heraus,“ erwiderte der Buchbinder.

„Wart noch net vor der Untersuchung?“ fragte der andere.

Der Gefragte schüttelte den Kopf.

„Nacha,“ sagte der Bager, denn er war einer und konnte es nicht verleugnen, „nimm dich nur in acht, daß di net verschwähst!“ — Di saudimm stell'n — nit sag'n — dös is d' Hauptsach.“

„Ja, wenn ich unschuldig bin, lassen sie mich denn da nicht mehr fort?“

„Na, na, die lass'n so leicht koan wieder lauf'n! Erst kimmst vor d' Untersuchung — dann gibst an Haftbefehl — dann gehst's vor'n Staatsanwalt, und der eröffnet nacha's Hauptverfahren.“ — Nacha gibst's a Verhandlung — und nacha wirst ja scho seh'n, wie's geht — i kenn' mi aus.“

„Ja,“ fragte Stettner zögernd, „wenn sie mich behalten, wie lange dauert's da?“

„Weiß, dös kommt halt auf d' Umständ an. Die Hauptsach' ist, daß di net verschwähst. Und di net weich mach'n laßt. Nacha hams di gleich. — Und dös probier'n i immer!“

„Weshwegen bist denn da?“ fragte der Bager nach einer Weile unvermittelt.

Da erzählte ihm der Buchbinder, was er schon den anderen erzählt hatte.

„Wieviel ist's denn?“ fragte der Bager.

„Es sollen an die fünfzigtausend sein.“

„Hams denn dös Geld schon?“

„Ja.“

Da brach der Bager in ein hämliches, lautes Gelächter aus.

„Sie ham's net, ha — ha — ha —! Sie ham's net, aha — ha — ha —! Dös habi ihr gut g'macht!“

Dann bekam sein Gesicht einen anderen Ausdruck, und er ließ sich neben seinem Mitgefangenen nieder, der sich auf eine andere Bänke gesetzt hatte.

„Geh zu,“ sagte er, „wo habi's denn dös Geld hintan? — Mir kannst dös doch sag'n — i verrat nit.“

„Aber,“ erwiderte der Buchbinder, „wo soll ich denn wissen — ich war's doch gar nicht.“

„Geh zu, hör auf — i bin doch loa Depp! — Sitzt, i krieg a paar Woch'n, nacha komm i wieder raus, hol's Geld — hol di da raus — mit dem Geld kriegt ma alles fertig — und wir pack'n nacha j'amm nach Amerika.“ — I will scho lang rüber — dös Deutschland g'fallt mer nimmer!“

„Ich bin unschuldig,“ wiederholte der Buchbinder.

„Unschuldig — unschuldig,“ rief der Bager, „geh zu, hör auf, du Rindvieh, du damisch's. Glaubst, i bin so dumm? Dir hilf i noch amol. Du bist mir a schöner Kamerad! I soll dir nur g'rad a paar Spinnä, mit dein'm Dickschädel, mit dein'm schwächlichen, saudimmem.“

Damit ging er fuchtschweifswild zu seiner Bänke und warf sich darauf.

„Weißt, was i mach,“ sagte er von da aus, „i mach an Zeugen gegen dich. Du wärst's g'weil'n — mir hästst es erzählt.“

„Mei,“ fuhr er nach einer Weile wieder fort, „der, dem ihr's Geld zum Fenster nausgeworf'n habi, den erwischen i ja doch gleich. Ihr versteht ja doch nit. Solche Deppen, solche damisch'n wie's ihr seid's, gibt's doch nimmer auf der Welt!“

Da merkte Leopold Stettner, daß man hier auftrumpfen mußte.

„Ich verbitt' mir dein einfältiges, dummes Geschwätz,“ sagte er, stand auf und nahm eine drohende Haltung ein.

„Komm her — komm her, du kommst mer g'rad recht — da im Bett'sack hab i schon noch a Messer versteckt.“

Dabei wühlte er wie ein Bessener in seiner Lagerstätte umher.

Als aber der Buchbinder unbekümmert auf ihn zuging, zog er die Beine auf das Bett, warf sich auf die Hände und Füße und flüchtete die Zähne, wobei er wie ein Affe im Käfig auf allen Vieren auf und nieder hoppelte.

„Se,“ sagte er, „he, müßtst di 'leicht an mir vergreif'n? Was glaubst du denn, Bauernzammel, a'scheeter!“

Und als sein Feind noch näher kam, daß es scheinen konnte, nun werde es wirklich ernst, schrie er: „Ritterli — hahn — wau wau —“

Er machte ein Getöse und Getue wie ein spielendes Feuerwerk.

Da ließ der Buchbinder von ihm ab und setzte sich auf seine Bänke, wo er in der eingetretenen Stille draußen jemand reden hörte, der ihm bekannt vorkam.

Es war des Seibels Stimme, die er nun klopfenden Herzens laufend vernahm.

„Nicht anfassen — nicht anfassen,“ schrie es, „ich bin ein alter Feldwebel von der deutschen Armee — ich bin kein Dieb!“

„Ruhig jetzt — und gehorchen Sie!“

Dann war es wie ein Handgemenge mehrerer Männer, gerade vor seiner Türe.

Und jetzt schrie die geängstigte Stimme des Seibel: „Hilfe — Hilfe — Feuer — Feuer!“

Darauf wurde alles still.

In diese Stille hinein drang aber jetzt ein einmal, als sei das ganze Haus rebellisch geworden, ein Wachen und Rütteln an den eisernen Türen der Zellen, und ein schauerliches Getöse erhob sich allerwärts.

„Was ist's,“ fuhr der Bager auf, der still in seiner Ecke vor sich hingebüßelt hatte, „hä — brennt's?“

Er sprang an die Türe, schlug mit den Fäusten dagegen und rief in langgezogenen Tönen: „A-uf — a-uf — aa-uf.“

Jetzt liefen draußen die Wächter vorbei, öffneten die Guldächer und riefen hindurch: „Ruhe — Ruhe — es ist gar nichts passiert — Ruhe — Ruhe!“

Erst allmählich wurde es wieder still im Hause.

Auch der Bager schlurfte nach seiner Bänke.

„Schlummer wie die Wecher sperr'n i ein da ein, die Sakra,“ brummte er und warf sich auf den Strohsack.

Da legte sich auch der Buchbinder zum erstenmal auf den seinen, und das Grauen und die Angst überfielen ihn.

Immer war es die graue, dunkle Mauer oder das bergige Ungeheim, das vor ihm lag und schweigend mit den Krebsarmen nach ihm langte.

Dieser Angst hatte er nichts gegenüberzustellen als den Gedanken, der ihn wie fieberndes Lachen erfüllte: „Jetzt ist das Geld schon unterwegs zu ihr — und dann den Vorfall, er wolle nichts anderes ausagen, als er bisher gesagt hatte.“

(Fortsetzung folgt)







## Freistaat Lübeck

Mittwoch, 14. Dezember

### Das Zeitalter des Knopflochs

Es ist tatsächlich da, das Zeitalter des Knopflochs... Was der Schneider aus Tradition, aus Schönheitsfimmel, oder weil es nun einmal da hingehört, anbringt, das Knopfloch im Revers des Herrenjackets, es hat eine ganz andere Bedeutung bekommen, als es wohl ehemals hatte: nämlich die, den Hod auch unter dem Halse zutropfen zu können. Das tut heute niemand mehr. Das würde die fabelhafte Blügelkaste des Revers, des Aufschlags und des Kragens zerstören.

Da aber auch niemand mehr — wie es früher der Fall gewesen ist, das Knopfloch dazu benützt, um farbige Blumen — eine Chrysanthemum wie Oskar Wilde, oder ein Sträußchen blauer Weissen — an seinem Busen zu tragen, so wäre die Existenzberechtigung des Knopflochs im Revers eigentlich verneint, wenn der Mensch nicht wäre, der es an sich trägt.

Dieser Mensch hat eine politische Gesinnung — oder er gehört, und besonders wenn er ein Deutscher ist, irgend einem Verein, Klub, einer Verbindung an — und so ernennet der Mensch das kleine illustrierte Knopfloch oder seine nähere Umgebung zum Bannerträger seiner Gesinnung, seiner Zugehörigkeit — oder seines Geschäfts.

Auf der Straße, im Theater, der Straßenbahn, im Omnibus oder Kino — überall, wohin der Blick fällt — wird man von funkelnden, glänzenden, goldenen, silbernen, emaillierten und bronzierten, matten und blühenden Knöpfen, Medaillen, Zeichen und Plaketten angezogen, über die Gesinnung der zahlreichen männlichen Umwelts Betrachtungen anzustellen.

Harmlos noch die geflügelte Feder der Stenographenvereine, die Lyra des Gesangsvereins, „Männerklub“ oder „Liederkränz“ des Sportvereins „XX“ oder des Fußballklubs „Immer feste druff“. Freiwillige Feuerwehr und Kegelsbund „Alle Krone“, Männerquartett und Tennisklub, jeder hat seine Plakette oder seinen Knopf, sein Schildchen, oder seine Nadel, Rotes Kreuz, grünes Kreuz und — Salzkreuz.

Und damit sind wir bei den ersten Knopflochern. Das „Reichsbanner“ wie der „Stahlschirm“ oder der „Jungdo“ trägt im ober am Knopfloch das Abzeichen zum Beweis der Zusammengehörigkeit, — der „rote Frontkämpferbund“ mit dem Sowjetstern, wie die Angehörigen der Panzerpfeiler Union mit dem roten Kreuz auf der goldenen Sonne.

Kameradschaft, Zusammengehörigkeit und Haß und Gegenläufigkeit der Weltanschauung zeigt das Knopfloch — verbindet die einen — setzt zwischen die anderen eine Atmosphäre stiller Feindseligkeit — oder doch des Nichtverstehens.

Dem Knopfloch — dem die Mode erst die ureigenste Bestimmung des Verschlußes, die sachlichere Weltanschauung und Rücksichtlichkeit der Neuzeit, dann seine zweite Bestimmung der bunten Blumen des Planteurs und Kestheien genommen haben, hat die politische Zerrissenheit und Gegenläufigkeit unsere Nachkriegszeit eine neue Bedeutung gegeben — die des äußeren Zeichens der innersten Gesinnung. Nichts ist dagegen einzuwenden, wenn die innere Gesinnung dadurch nicht an Innerlichkeit verliert.

Eins blieb vergessen: die Knopflocher mit „Opel“ und „Benz“ und „Niat“, mit „Kash“ und „Dunlop“ und „Continental“. Auch dahinter steht eine Gesinnung. Nicht die der Chauffeure und Reisenden, die sie tragen, nicht die der unwürdigen Jungen, die sich mit Wonne auf die kleinen blinkenden Dinger fürs Knopfloch stürzen — sondern die der Leute, die diese Knopflochzeichen verteilen und hergeben — und sich dadurch sehr billige lebende Reklameträger erwerben. Auch das ist eine Gesinnung. Sie entspringt dem Geschäftsgeist, dem jedes Mittel recht ist; der hier — auch den Anflug benützt. C. O. W.

### Die Ausschüsse der Bürgerschaft

Nach den in der letzten Bürgerversammlung vorgenommenen Wahlen setzen sich die Ausschüsse wie folgt zusammen:

**Bürgerausschuß:** 1. Haut, 2. Wolfradt, 3. Dr. Bieth, 4. W. Löwig, 5. Dr. Haun, 6. Reisinger, 7. Waterstrat, 8. Frau Rehlken, 9. Frost, 10. Brand (Soz.); 11. Henk, 12. Schlösser, 13. Wirth, 14. Apelles, 15. Gustav Scheitig, 16. Frau Hempel, 17. Heidenberg, 18. Brüggemann, 19. Grabner, 20. Reefe, 21. Holst, 22. Fiedler (H.W.); 23. Heintz Schmidt (Komm.); 24. Dr. Lohmeier (Arbg.).

**Haushaltsauschuß:** Dr. Neumann, Herm. Eschenburg, Stolterfoth, Boie, Haut, Dr. Bieth, Dr. Haun, Wirthel, Hoff, Heintz, Schmidt, Wolfradt, Passarge, Reisinger, Frau Rehlken, Hoff, Dr. Lohmeier.

**Ausschuß für Eingaben:** Grabner, Wirth, Fiedler, Bruns, Dr. Solmisch, Waterstrat, Drens, Dr. Lohmeier.

**Ausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft:** Frau Hempel, Breinig, Dühring, Dr. Bieth, Schermer, Jander, Schmidt, Ehrmann.

**Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen:** Dinter, Reefe, Aug. Schmidt, Kleinfeldt, Weiß, Passarge, Rosengart, Scharmer.

**Ausschuß für Wohlfahrts- und Gesundheitspflege:** Dr. Rudolph, Kühl, Grieger, Dr. Solmisch, Frau Mengel, Waterstrat, Klann, Ehrmann.

**Ausschuß für Verkehrswesen:** Boie, Dr. Neumann, Heidenberg, Rasbohm, Möller, Frost, Rosengart, Scharmer.

### Ein neuer heller Komet

Von der Hamburger Sternwarte in Bergedorf wird mitgeteilt: Ein neuer heller Komet ist am 3. Dezember im Sternbild „Norma“ von dem Liebhaberastronomen S. J. Jelllerup in Norwegen entdeckt worden. Er zeigte die Helligkeit eines Sterns dritter Größe und hatte einen 3 Grad langen Schweif. Inzwischen ist er mehrfach auf der Südhälfte beobachtet worden, so unter anderem auf der Sternwarte in La Plata am 6. Dezember, wo er bereits zweiter Größe erschien. Die Beobachtung von Wood abgeleiteten Elemente seiner Bahn machen es sehr wahrscheinlich, daß er mit dem langperiodischen Kometen „de Vico 1846 IV“ identisch ist, der eine Umlaufzeit von ungefähr 80 Jahren besitzt, und nach dem bei seiner zu erwartenden Wiederkehr bereits seit längerer Zeit von den Astronomen auf der Südhälfte gesucht wurde. Der Komet bewegt sich sehr schnell auf die Sonne zu und wird voraussichtlich bei uns auf der Nordhälfte bald am westlichen Abendhimmel erscheinen. Am 14. Dezember steht er in unmittelbarer Nähe der Sonne, am 18. jedoch bereits 15 Grad nördlicher im Sternbild der Schlang.

## Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des Berufsschulgedankens

Wie oft müssen wir feststellen, daß die Berufsschulen der breiten Öffentlichkeit noch sehr wenig bekannt und geläufig sind. Nicht selten begegnen wir der Ansicht, daß die heutigen Berufsschulen nichts weiter seien, als die alten Fortbildungsschulen früherer Zeiten. Da nun aber die jetzige Berufsschule für die deutsche Kultur, für Wirtschaft und Gesellschaft von hervorragender Bedeutung ist, fühlen wir uns verpflichtet, wenigstens in kurzen Zügen den gegenwärtigen Stand dieser Schulart den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft darzulegen.

Insbesondere hat der frühere badische Staatspräsident Dr. Hellpach die kulturelle Bedeutung der Berufsschule betont, wenn er schreibt:

„Bei uns soll die gewerbliche Arbeit ihren Lebensberuf charakter bewahren. Zur Beschäftigung, zur Berrichtung wird man angeleitet, zum Beruf wird man erzogen. In der Erziehung zur Arbeit und in der Erziehung der Arbeit liegt für unsere Massen, für die Gesamtheit, der Schwerpunkt ihres menschlich-stillischen Daseins. Und darum haben wir in Baden diesem öffentlichen Erziehungsproblem solche Zeitnahme und Sorgfalt zugewendet wie dem Wiederaufbau des gewerblichen Berufsschulwesens. Immer wieder schwebte uns bei der Aufstellung der Lehrpläne und Lehrgänge die Pflicht vor, das gewerbliche Tun in die Sphäre des Berufsmäßigen zu erheben, ihm stillischen Gehalt und damit die wahre Sinnung zum erfüllenden Lebensinhalt zu geben.“

Die Gesinnung, die aus diesen Worten Hellpachs spricht, weist den Berufsschulen eine bedeutende Aufgabe im Wirtschaftsleben zu. Sie stellt nochmals die Selbstverständlichkeit heraus, daß die Berufsschule in hervorragendem Maße eine Veranstaltung zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts des einzelnen, der gesamten Berufsstände und demnach des ganzen Volkes ist. Unentwegt haben in den letzten Jahrzehnten Staat und Gemeinden dieser wirtschaftlichen Aufgabe der Berufsschule gedient. Unausführlich, mit vielen Opfern und Mühen hat sich die Berufsschullehrerschaft für sie gerüht. Im kühnen, engsten Einvernehmen mit den Erwerbsständen, insbesondere also auch mit den Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften, wird die Berufsschule auf diesem Wege

vorwärtsschreiten und so den Nachwuchs des schaffenden in Treue, Verstand und Geschicklichkeit zur wirtschaftlichen Arbeit unterweisen.

Wie sehr die Meisterlehre und die praktische Anweisung des gewerblichen Nachwuchses auf der ersten Arbeitsstätte heutzutage nach einer Ergänzung der beruflichen Ausbildung durch die Berufsschule verlangen, braucht im einzelnen wohl nicht mehr nachgewiesen zu werden. Die Fortschritte der technischen Wissenschaften, der rasche Wechsel und die maßlose Steigerung des Bedarfs an Konsumgütern zwingen zu fortgesetztem Lernen, zum Umlernen und Hinzulernen. Die Verschärfung des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den einzelnen, der Gesamtheit und allen Völkern raubt der praktischen Arbeit im Erwerbsbetriebe die Mühe und Ruhe, die zum Erlernen, zum Fortlernen und zum Umlernen nötig ist. Im Zeitalter, in dem sich jeder erwachsene Mensch unaufhörlich Gelegenheiten zur wirtschaftlichen und technischen Weiterbildung schaffen kann, darf man sich auch über die Notwendigkeit des Bestehens von Berufsschulen nicht mehr streiten, in denen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter nicht nur einen Grundstock von wirtschaftlichen und technischen Kenntnissen, sondern auch — was weit wichtiger ist — die Festigkeit erlernen, sich später selbständig und freiwillig in diesen Kenntnissen weiter zu bilden.

Aber darin erschöpft sich die Arbeit der Berufsschule nicht. Der kategorische Imperativ der Wirtschaft unserer Zeit hat aus dem Berufe für die Massen unseres Volkes die bloße Beschäftigung, ja verhasste „Arbeitsmühsal“ gemacht. Die Freude des Schaffens, das Epos der Arbeit sind verlorengegangen. Hier liegt die kulturelle Aufgabe. Sie hebt die Berufsschule weit über den Charakter einer Veranstaltung zur Förderung von Handel und Gewerbe hinaus und zu einer Einrichtung empor, die mithelfen soll und will, einen Hochstand der deutschen Volkstugend mit herbeizuführen. Die Berufsschule stellt sich bewußt hinein in den Kampf der Arbeitermassen um die verlorengegangene Arbeitsfreude und Berufsmoral. Sie herbeizuführen kostet Anstrengung. „Zum Berufe wird man erzogen.“ Dazu will die Berufsschule helfen zum Besten des Volkes. Schu-

## SPD-Metallarbeiter

Sonntag:

### Wahl der Ortsverwaltung

am 22. im Herkules und am 26. in der Leier. Sein Verfall hat er nach den berechneten Bahnelementen am 1. Dezember passiert. Da die Kometen im allgemeinen erst nach dem Periheldurchgang eine lebhaftere physische Entwicklung, namentlich hinsichtlich ihrer Schweifbildung, zeigen, so darf man annehmen, daß der neue Komet am Abendhimmel eine schöne Erscheinung darbieten wird, die mit bloßem Auge gut wahrgenommen werden kann.

### Ein größeres Feuer

kam heute in den ersten Morgenstunden aus dem Grundstück Blücherstraße 39 zum Ausbruch, nachdem es vermutlich schon längere Zeit unbemerkt gebrannt hatte. In dem Hause befindet sich eine Fabrik chemischer pharmazeutischer Präparate und eine Flaschenengroßhandlung, Wohnräume beherbergt es nicht. Das Feuer fand in dem Fabrikations- und Packmaterial reiche Nahrung und verbreitete sich so bald über das ganze Gebäude, das durch Feuer und Wasser schwer gelitten hat. Zum Glück sind größere Mengen feuergefährlicher Chemikalien vom Feuer verschont geblieben.

Entstanden ist das Unglück vermutlich durch einen Ofen, der während der Nacht in Brand war und dessen Rohr die Decke im 1. Stock entzündete.

### Wartezeit für Saisonarbeiter

Ein unbegreiflicher Fehlerakt, den sich der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zuschulden kommen ließ, stellt die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter dar. Der Verwaltungsrat hat die Wartezeit für Arbeitslose neu geregelt, und zwar hat er bis zum 31. März 1928 grundsätzlich die bisherigen Wartezeiten aufrecht erhalten. Diese Wartezeiten betragen generell drei Tage, während das neue Gesetz grundsätzlich sieben Tage Wartezeit vorseht. Dagegen bringt nun eine neue Verordnung des Verwaltungsrates die Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter. Bei den Saisonarbeitern, deren Arbeitslosigkeit auf Witterungseinflüsse zurückzuführen ist, soll nach Beschäftigung von mindestens sechs Monaten eine Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen und nach einer Beschäftigung von mindestens acht Monaten eine solche von drei Wochen eintreten. Für andere Saisonarbeiter kann der Verwaltungsrat die Wartezeit verlängern. In dem einen wie in dem anderen Fall darf die Verlängerung der Wartezeit jedoch nicht eintreten, wenn der Saisonarbeiter in der stillen Zeit in irgendeinem anderen Gewerbe Erstarbeiter zu übernehmen pflegt. Ebenso darf die Wartezeit immer nur einmal verlängert werden, d. h. also nicht nochmals aufs neue, wenn der Saisonarbeiter vorübergehend wieder Arbeit bekommen hat.

So begründenswert es ist, daß der Verwaltungsrat im allgemeinen die dreitägige Wartezeit aufrecht erhalten will, so bedauerlich ist seine Ausnahmebestimmung für die Saisonarbeiter, unter der vor allem die Bauarbeiter schwer zu leiden haben werden. Hoffentlich legen die Arbeitsämter die neuen Bestimmungen — möglichst sozial und weitherzig aus, damit nicht die Verordnung, die am 12. Dezember in

Kraft tritt, zu unerträglichen Härten für eine ganz bestimmte Kategorie von Arbeitslosen führt. Noch besser wäre es, wenn der Verwaltungsrat seinen Fehler schnell wieder gutmachen würde. Messen mit zweierlei Maß — um ein solches handelt es sich in vorliegenden Fall — schafft Verbitterung.

**Lebensüberdrüssig.** Durch Selbstmord machte die 17 Jahre alte in Wölln geborene und zuletzt in Lübeck bedienstete Hilde St. aus bisher unbekanntem Gründen ihrem Leben ein Ende.

**Das Volk der schwarzen Zelte.** Am Sonntag vormittag um 11½ Uhr werden die Lübecker Lichtspielgemeinde, die Amtliche Bildstelle und die Nordische Gesellschaft in den Stadthallen-Lichtspielen den Film mit dem Titel „Das Volk der schwarzen Zelte“ laufen lassen, der das Leben eines Nomadenvolkes in Westasien schildert. Die Reise beginnt in Angora und führt von dort durch Kleinasien und Mesopotamien zum Persischen Golf. Von da an schließt sich die Reisegesellschaft einem Nomadenstamm an, der eine gefährliche Wanderung nach Iran unternimmt, die über die hohen und vereisten Randgebirge zu den jurcharenen Gefilden in dieser Höheebene führt. — Kartenvorverkauf im Hause der Nordischen Gesellschaft, Breite Straße 50.

**Der Gesundheitszustand der Bevölkerung** ließ im November ein Ansteigen der Masernerkrankungen wahrnehmen, war aber im übrigen günstig. Bei 54 gemeldeten Masernerfällen ist kein Todesfall eingetreten, dagegen waren von 6 Scharlachfällen zwei bösartig und führten durch Sepsis zum Tode. Drei gemeldete Diphtherieerkrankungen verliefen günstig, ebenso zwei Fälle von Wochenbettfieber. Typhus, Ruhr und spinale Kinderlähmung sind überhaupt nicht zur Meldung gekommen. Ein als tollwutverdächtig gemeldeter Hundebiß hat sich als harmlos erwiesen. Die Tuberkulose erforderte 7 Opfer, 6 durch Lungentuberkulose, 1 durch Kebltopftuberkulose.

**Polizeibericht.** Festgenommen wurde ein 28jähriger Mieter von hier, der seinem in der Marlesgrube wohnhaften Logiswirt 20 RM gestohlen und dieses Geld verjubelt hat. — Aufgefunden abgegeben wurde ein Herrenfahrrad Marke „Hachnel“ mit der Fa.-Nr. 175 143. Da der Eigentümer des Fahrrades bisher nicht ermittelt werden konnte, wird derselbe er sucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. — Gestohlen wurden aus einem Hause der Feslerstraße zwei weiße Damenbekleider, drei Handtücher, zwei weiße Kopftücherbezüge und ein weißer Bettbezug.

### Aus Lübecker Gerichtstühlen

**Betrügerischer Eierhandel.** Der Kaufmann Ferdinand F. betrieb hier einen Eierhandel. Durch Annoncen in Hofsteiner und Mecklenburger Zeitungen kam er mit mehreren Händlern in Geschäftsverbindungen. Er sicherte diesen zu, daß die Bezahlung prompt nach Erhalt der Ware erfolgen werde und bei der nächsten Lieferung auch schon Vorauszahlung, falls die Lieferung gut ausfalle. Auf Grund dieser Zusagen wurden dem Angeklagten Eier in 16 Fällen im Betrage bis zu 270 Mark geliefert. Bezahlt sind hiernon nur geringe Beträge, obgleich der Angeklagte, wie er auch zugibt, die Eier verkauft hat. Der seinen Lieferanten schuldig gebliebene Betrag beläuft sich auf über 1600 Mark. Der Angeklagte gibt zu, die Lieferungen erhalten, auch nicht bezahlt zu haben. Er bestrittet aber, in betrügerischer Absicht gehandelt zu haben. Einen Betrag von 800 Mark hat er zur Anzahlung eines Fordwagens verwandt, den er für seinen Geschäftsbetrieb haben verwenden wollen. Das Gericht berücksichtigte, daß es sich um ein sehr dreistes Vorgehen des Angeklagten handelt und daß derartige Schwindelbegehen schwere Schädigungen im Wirtschaftsleben zur Folge haben können. Auch das dem Angeklagten entgangen-



# Neues aus aller Welt

gebrachte Vertrauen ist von ihm schwer mißbraucht, weil er kleine Leute durch sein Verhalten schwer geschädigt hat. Wegen fortgesetzten Betruges erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

**Einen recht hübschen Diebstahl** beging der Arbeiter Fritz W. von hier. Einem Arbeiter, mit dem er im gleichen Hause wohnte, stahl er im Frühjahr fünf Mark und eine Uhrkette. Im November d. J. einen 10-Mark-Schein. Er öffnete die Tür zu der Wohnung des Betroffenen einmal mit einem anderen unrichtig passenden Schlüssel. Mit diesem Schlüssel öffnete er auch zum zweiten Male die Tür. Außerdem entfernte er die Schrauben an einem weiter angebrachten Vorhängeschloß durch einen Schraubenzieher. Der Angeklagte gibt die Taten zu. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Der Herr **Sundtius**, Wachen Unterstaatsanwalt wurde sodann gegen den **Sundtius** Dr. Graf R. verhandelt. Der Angeklagte war im Jahre 1924 bei einer hiesigen Firma angestellt. Als deren Bevollmächtigter erhielt er vom Konzernamt einen Vertrag zum Leihen von Wert gemachter Körperkassettenspieger zurilderst. Diesen Vertrag führte er nicht ab, sondern verbrauchte ihn für persönliche Zwecke. Vom Angeklagten wird dies zugestanden, durch augenscheinliche Vorlage will er dazu gekommen sein. Das Gericht verurteilt ihn zu 2 Monaten Gefängnis.

**Vetrag und Urkundenfälschung.** Der Reisende **Walter D.** war für die Firma **Elektron** tätig und hatte Bestellungen entgegenzunehmen. Hierbei hat er in einigen Fällen Bestellscheine mit fremden Namen unterzeichnet und die so angefertigten Bestellscheine seiner Firma vorgelegt. Bei der Befreiung stellte sich heraus, daß die Bestellungen gar nicht erfolgt waren. Der Angeklagte gibt dies zwar zu, es soll sich hier um mündliche Bestellungen gehandelt haben, die er geglaubt haben will, in dieser Weise ausstellen zu können. Aber auch mündlich sind Bestellungen von den in Frage kommenden Personen nicht gemacht. Einem dem Angeklagten zur Last gelegten Vertragsbruch stellte das Gericht nicht fest, weil er einen Vorteil aus der Sache nicht gehabt hat, da er eine Provision erst bei Abnahme der Apparate zu beanspruchen hatte. Wegen der beantragten einseitigen Urkundenfälschung erkannte das Gericht auf 2 Monate Gefängnis, an deren Stelle 180 Mark Geldstrafe festgesetzt wird.

## Freie Rundfunkvorträge

Sörsaal der Volkshochschule, Hundestraße 1, Hofgebäude 1. Etage  
Donnerstag, den 15. Dezember

16.15 Uhr: Der Einfluß der Frau in der bildenden Kunst. Vortrag von **Helene Goldbaum**, Wien. — 17.00 Uhr: Uebersetzung aus Berlin (Nachmittagskonzert). — 18.00 Uhr: Frohsinn und Lebenswille in siebenbürgisch-sächsischer Dichtung (Staatssekretär a. D. **L. Korodi**).

## Theater und Musik

**Siederabend von Paul Bender**

Paul Bender, das gefeierte Mitglied der Münchener Staatsoper, hat verhältnismäßig spät den Weg nach Lübeck gefunden. Seit der Zeit ist er allerdings ständig wiederkehrender Gast geworden, auf der Bühne sowohl wie im Konzertsaal. Freuen wir uns dessen; denn die Zahl bedeutender Sänger (und Sängerinnen), die den Mut haben, bei uns zu konzertieren, wird immer geringer. Angeföhrt der Zerissenheit unseres Musiklebens ist das freilich kein Wunder. Laune und Geschmack wechseln von heute auf morgen. Jubelnder Anerkennung folgt vielfach ebenso schnell Ablehnung durch Gleichgültigkeit. Eine große Gesellschaft begeisteter Anhänger (eine Gemeinde, wie man auch sagt) schmilzt plötzlich bis auf spärliche Reste zusammen. Was gestern noch große Mode schien (wie beispielsweise Kammermusikveranstaltungen), wird heute einwillen als zurzeit unmodern oder doch nur unter gewissen Bedingungen oder zu bestimmten Anlässen als modern bezeichnet. Erstarrtlich bleibt es allerdings, daß in dieser Beziehung Modediktate überhaupt durchdringen, und daß Aenderungsversuche (Befehle kann man doch nicht sagen?) so willig aufgenommen werden. Es müssen wohl Autoritäten dahinterstehen, deren Meinung als so gewichtig gilt, daß sie gern befolgt wird. Wer befreit uns davon? Paul Bender bereitet seinen Hörern einen seltenen Genuß. Der Sänger ist nicht nur nach seinen Körpermaßen ein Riese, er ist es vor allem in künstlerischer Beziehung. Das bewies er gleich mit dem Vortrag der beiden Arien von Händel. Der gefürchteten Arie aus dem „Messias“ mit ihren drohenden Akzenten und den rollenden Kolaturen folgte unmittelbar eine Arie aus „Deborah“, die hinsichtlich des Ausdrucks das Gegenteil darstellt. Dieser Ausdrucksverschiedenheit wurde Bender in einer Art gerecht, die hitzig. Als bedeutender Gestalter erwies er sich auch in der Hiebergabe des Zylus „Dichterliebe“ von Robert Schumann, den man so abgerundet selten hören wird. Trotz vollendeter Ausmalung der Stimmung hatte der Vortrag nichts Weichliches; das verhinderte schon der kerngehunde Bass, der spezifisch deutsch behandelt wird. Für viele bedeutete die Auslegung der Fieder von **Vod o Wolf** den Höhepunkt des Abends. Daß Bender **Loewe** singt ist bekannt, bekannt auch, wie er ihn singt. Den begeisterten Hörern dankte der Meisterjänger (dessen Sachs berühmte ist) mit einer großen Reihe von Zugaben, die er ohne Ermüdung freigebig spendete. **Michael Raucheisen** am Flügel gehört als Begleiter zur Sonderklasse. Mit Recht ließ ihn Bender teilnehmen an dem herzlichen Beifall.  
H. D.

## Nachts um halb zwei

Ein guter, dem nächtlichen Leben etwas fernstehender Freund sagte mir einmal: „Ich weiß nicht, entweder sind es bei dir immer die Weiber oder der Schnaps.“ (Er meinte die Gerichtsverhandlungen, die ich mir ausruhe.) Ich hätte nun dank meiner eminenten Sprachkenntnisse antworten können: „Lieber Freund, man muß das Leben eben nähmen, wie das Leben eben ist.“ Aber wozu mit fremden Sprachen operieren, und so antwortete ich einfach: „Mit nächtlichen, Freund, siehe, es ist oft beides: Weiber und Schnaps.“ Und man soll nicht behaupten, wofür man nicht den Beweis erbringen kann (also sozusagen keinen „falschen Irrtum“ erregen):

Der Streit begann schon in der Dämmerung. Zwei Männer und eine Frau! (Schon faull!) Erwiefermaßen hatten alle nur „Weißer“ getrunken, oder „Klaren“, wie man treffender und volkstümlicher sagt, d. h. nicht einen, o nein, viele, sehr viele. Bedenken Sie, zwei Männer, eine Frau und sehr viel Schnaps (wenn das man gut geht!). So leid es mir tut, zum besseren Verständnis der Angelegenheit muß gesagt werden, die Dame war eine — ja, ich bin kein Dichter, Sie werden ja wissen, was ich meine.

Man war selbständig an der Behausung besagter Dame angefangen. Und nun muß ich wieder eine Einschaltung machen: es ist die Duplicität der Ereignisse, daß besagte Damen in den seltensten Fällen in einem Haus allein wohnen. Im Mittelalter wohnten bekanntlich die gleichen Berufe, vornehmlich das gleiche Handwerk, jeweils in einer Straße, heute findet man diese Konzentrierung lediglich bei dem Beruf besagter Dame. Es bleibt deshalb unergründlich, weshalb die beiden Männer vor der Behausung der Dame in so einen entfehlenden Streit um die Frequenzierung der Berufspflicht der Dame gerieten, zumal diese mit schlichten Worten den kleineren der beiden an die **benachbarte Konkurrenz** derweisen haben soll.

## Ehetragödie vor Gericht

Den Mann erschossen

Vor dem Schwurgericht **Altona** hatte sich am Dienstag Frau **Herla Dorf** wegen Erschießung ihres Ehemannes, des **Bankiers Eugen Dorf**, zu verantworten. Die Anklage nahm vorfällige Tötung an. Der Geübte war an der **Hamburger Börse** sehr bekannt und wegen seines lebenswürdigen Wesens auch allgemein beliebt. Am so größeres Aufsehen erregte schmerzhaft die Mordtat. Bei ihrer Vernehmung leugnete Frau **Dorf**, die vor Beginn der Verhandlung zusammengebrochen war, ihren Mann absichtlich erschossen zu haben. Auf Zureden des Vorsitzenden entwarf sie von ihrer Ehe ein Bild, das äußerst trübe ist und, sofern es zutrifft, auf ein Ehe-Martyrium hinausläuft. Sie schilderte, wie sie eine Verlobung aufgelöst habe, um ihren Mann zu heiraten. Es habe sich um eine ausgesprochene Liebesheirat gehandelt. Dennoch habe sich sehr bald herausgestellt, daß die beiden Temperamente so grundverschieden waren, daß das eheliche Zusammenleben sehr bald starke Erübungen erfuhr. Nach der Geburt eines Kindes habe sie der Mann immer mehr und mehr geschlagen und ungewöhnliche Anforderungen an sie als Frau gestellt. (Die Vernehmung über Einzelheiten des Ehelebens fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.) Die Brügelien seien schließlich so ausgeartet, daß die Frau das Kind zu ihrer Mutter gab und in der Wohnung eine räumliche Trennung vornahm. Die Mißhandlungen seien dennoch weitergegangen, so daß sie oft bei einem Hansnachbarn geschlafen habe. Schließlich reichte der Mann die Scheidungsklage ein, während die Frau eine Alimentenklage anstregte. Am Tage der Tat, dem 12. September, will die Angeklagte den Versuch zu einer Versöhnung unternommen haben, der allerdings mißlang. Daraufhin ging sie in die Wohnung des Nachbarn; kurz darauf erschien ein Möbelwagen, und der Mann ließ die Wohnungseinrichtung wegchaffen. Als die Frau in die Wohnung zurückkehrte, empfing sie der Mann mit der Bemerkung, sie habe nichts mehr da zu suchen. Gleichzeitig habe er sie niedergeschlagen und ihr Fuchritze versetzt. Die letzten Erinerungen der Frau sind die Schläge, die sie erhalten hat. Wie sich dabei die Tat abspielte, daran will sie sich nicht mehr erinnern. Der Prozeß wird zwei Tage dauern.

## Amtsstuben-Intelligenz

Die „**Volkswacht**“ berichtet aus **Breslau**: Am 3. Dezember, morgens 8 Uhr, wurde ein Arbeiter aus einer Gräblicher Papierwarenfabrik auf das **Wohlfahrtsamt** am **Ritterplatz** bestellt. Er hatte ein Gesicht gemacht und mußte laut Karte kommen. Er kam hin, und es wurde ihm eröffnet, daß der die Sache behandelnde Beamte krank sei und er Montag früh 8 Uhr wieder kommen solle. Er ging auch Montag hin, und nach vorhersehndigem Warten wurde ihm erklärt: Sie haben ein Gesicht an den Magistrat gemacht und eine 8-Pfennig-Marke mit in das **Kuvert** gesteckt. Wir haben den Bescheid durch den **Boten** geschickt und geben Ihnen hiermit die 8-Pfennig-Marke zurück. Weiter liegt nichts vor.

Also mußte der Mann 80 Pfennig mit der **Straßenbahn** verfahren und noch drei Stunden Arbeitszeit veräumen wegen einer 8-Pfennig-Marke — nur damit die **Bureaukraten** des **Amts** zimmern über das **juristische Problem** der überzähligen 8-Pfennig-Marke hinwegkamen.

St. Bureaukraten gebehrt äppig auch in der **Republik**.

Eine **Einbrecherbande** unschädlich gemacht. Der **Berliner Kriminalpolizei** ist es gelungen, eine der gefährlichsten Einbrecherbanden, die in der letzten Zeit in der **Reichshauptstadt** ihr Unwesen trieb, unschädlich zu machen. Es handelt sich um sieben Männer und zwei Frauen, die sich unter der Führung eines 19-jährigen zusammengefaßt hatten, um **Schaulust** einzubringen zu verüben. Bisher konnten der Bande 25 solcher Einbrüche im Zentrum der Stadt nachgewiesen werden. Von der **Beute**, die stets in **Rucksäcken** und **Körben** weggebracht wurde, führten die Mitglieder der Bande ein **schlemmerhaftes Dasein**.

**Kindertagödie** an der **Somme**. In einer zerfallenen Barade des ehemaligen französischen Dörchens **Marepas**, das einst im **Brennpunkt** der **Somme-Schlacht** lag und völlig zerstört worden ist, lebten seit mehreren Monaten vier **kleine Kinder** im Alter von vier, fünf, acht und neun Jahren sich selbst überlassen. Die Mutter hatte die Kinder zurückgelassen und war ihrem **Geliebten** nachgefolgt. Von Zeit zu Zeit kehrt sie zurück und schaut nach den Kindern, verschwindet dann aber rasch wieder. So sind die Kinder bisher auf den **Bettel** angewiesen gewesen. Sie sind völlig unterernährt und verwahrloht. Jetzt hat sich der **Bürgermeister** der **Unglücklichen** angenommen.

Traurig schien in der Nacht der **Vollmond** (es war gegen 1/2 Uhr morgens auf Sonntag, den 3. Oktober), aber grazillich schaltete das eitle Gezänke der beiden Männer, **Täuschlichkeiten** rälten bedrohlich näher, da öffnete sich in der ersten Etage des Hauses ein Fenster, ein **Bubistopf** wurde sichtbar, und eine **holbe Frauenstimme** rief: „Aber **Bubi**, rege dir doch nicht so uff, steige eine Treppe näher und denn kommste bei mir!“

Nun sehen Sie, das wäre doch ein **Ausweg** aus dem **Dilemma** gewesen. Aber nein, die **Menschen** reden voll **Widerpruch** und **Trotz** (und insbesondere nach **Alkoholgelesen**, jawohl!) Anstatt die **freundliche Aufforderung** in **Erwägung** zu ziehen, antwortete wieder und mit **schlichter Sachlichkeit** der eine Mann: „**Verbuste** vons Fenster, dämliche S...!“

Nichts ist geeignet ein **Frauenherz** so zu verletzen, wie eine **brutale Entgegnung** auf einen **guten Rat**. Aus den wenigen, **sachlichen Worten** wurde ein **fürchterliches Geschimpfe**. Ja — und plötzlich — **Hirn** und **Feder** sträubte sich, das **kräftigere** auszusprechen — plötzlich (der **Frauenkopf** war eine Sekunde von dem **geöffneten Fenster** verschwunden) plötzlich sah man ein **rundliches, weißes Gefäß** im **Fenster** erscheinen (die **Zeugenauslagen** waren übereinstimmend) und ein **Strom** einer **gelblichen Flüssigkeit** ergoß sich über das **unterstehende Trio**. **Himmel, Arm und Zwirn!** Wie die **Verzerker** rannten die **Begossenen** die **Treppe** empor, donnerten gegen die **Tür**, tobten und brüllten, bis — eine **massive Gestalt** dort **aufsuchte** und die **beiden** die **Treppe** wieder **runterschmüßte**. Dann gab's unten noch eine **solenne Keilerrei**, bei der die **streichsüchtigen Männer** den **Rützeren** zogen. Was soll man noch sagen: **Schnupstriefe** usw. usw. **Gericht**: Der **Zuschälter** bekam 3 Monate und **Tba** (denn so heißt die **Topf**-ausgehende) 14 Tage **Gefängnis**.

So ist das Leben, bitte!

**Bartolus**

## Der Berliner Meinelprozess

Zwölf neue Verfahren wegen Anklage zum Meinel schweben noch

Im Prozeß gegen Frau **Ochlerich** wegen Verletzung zum Meinel und gegen Frau **Mittendorf** wegen Meineids wurde das Urteil verkündet. Die Angeklagte **Ochlerich** wurde zu drei Jahren **Zuchthaus** verurteilt, diese wurden mit der bereits erkannten **Zuchthausstrafe** zu 1/2 Jahren **Zuchthaus**, 10 Jahren **Erverlust** und **Aberkennung** der **Eidesfähigkeit** zusammengezogen. Frau **Mittendorf** wurde zu einer **Gefängnisstrafe** von 12 Monaten verurteilt.

Der letzte Verhandlungstag hatte noch eine Reihe von **Zeugengehörigkeiten** gebracht. **Außer** Frau **Köhler** gestand auch deren **Tochter**, auf **Anstiftung** der **Ochlerich** eine **falsche eidesstattliche Versicherung** abgegeben zu haben. Dieses **Mädchen** hatte einen **Brief** geschrieben, worin sie über die **Frau Ochlerich** sagt, daß diese ein **Duzend Menschen** auf **dem Geisse** habe. Auch den **Bruder** der **Zeugin** hat sie zu einer **Eidesverletzung** überredet. Es haben also allein aus dieser **Familie** sich vier **Personen** des **Meineids** schuldig gemacht. Im ganzen schweben noch zwölf Verfahren wegen **Meineids**, in denen die **Hauptrolle** wegen **Anstiftung** **Frau Ochlerich** spielt.

## Die Mordtat in Brandenburg

Bei der schweren Mordtat, die in der Nacht zum Dienstag der 17-jährige **Brauereibesitzer Julius Freydanf** zum **Opfer** fiel, handelt es sich allem Anschein nach um einen **Raubmord**. Es werden verschiedene **Vergegenstände** vermisst. Zwischen dem **Täter** und seinem **Opfer** muß nach allen **Anzeichen** ein **schwerer Kampf** stattgefunden haben. Der **Tod** ist dann angesichts der schweren Verletzungen **sicherlich innerhalb kurzer Zeit** eingetreten. Die **Brauerei**, auf deren **Grundstück** die **Tat** geschah, liegt an einer der **Hauptverkehrsstraßen** **Brandenburgs**. **Freydanf**, der **Junggeselle** war, lebte sehr zurückgezogen und galt etwas als **Sonderling**. Seine kleine **Brauerei** betrieb er mit vier bis fünf **Arbeits** und arbeitete selbst den **ganzen Tag** über mit. Während die **Arbeiter** um 6 Uhr morgens begannen, war er gewöhnlich schon vor 3 Uhr früh in der **Brauerei** tätig. Nach der **Tat**, bei der **Freydanf** vermutlich von hinten überfallen wurde, begab sich der **Mörder** in die **Wohnung**, wo er verschiedene **Schränke** durchwühlte hat. Von dem **Täter**, nach dem auch die **Berliner Kriminalpolizei** fahndet, fehlt einzuweisen noch jede **Spur**.

**Unfall eines D-Zuges.** Der **D-Zug 1** der **Strecke Berlin-Berlin** ist in der Nacht zum **Dienstag** um **1,30 Uhr** früh im **Bahnhof Essen-West** auf eine  **Lokomotive** aufgefahren. Ein **Reisender** wurde leicht verletzt. Da keine **Entgleisung** und keine **schwerere Beschädigung** eintrat, konnte der **Zug** nach **Auswecheln** der **Lokomotive** seine **Fahrt** fortsetzen.

**Reiche Beute.** In der Nacht zum **Dienstag** drangen **Einbrecher** im **Westen** **Berlins** in ein **Konfektionsgeschäft** und stahlen **195 Ballen** **Seide**, **große Posten** **Spitzen** und **Belzachen**. Der **Wert** der **gestohlenen Waren** beläuft sich auf **42 000 Mark**.

**Der Anschlag gegen den D-Zug Berlin-Frankfurt a. M.** Im **Eisenbahn-Altenat-Prozeß** gegen den **Arbeiter Hans Schröder**, der einen **erfolgslosen Anschlag** gegen den **D-Zug Berlin-Frankfurt a. M.** verübt hatte, wurde folgendes Urteil verkündet: Der **Angeklagte Schröder** wird zu **15 Jahren Zuchthaus**, zu **10 Jahren Erverlust** und **Stellung** unter **Polizeiaufsicht** verurteilt.

**Der Ozeanflieger Lindbergh** ist — wie aus **Washington** gemeldet wird — am **Dienstag** zu einem **Fluge** nach **Mexiko** gestartet. Die **Flugstrecke** beträgt **3000 Kilometer**. Der **Flieger** hofft, diese **Strecke** innerhalb **24 Stunden** zu durchqueren.

**Aufgehobener Freispruch.** Der **österreichische Oberste Gerichtshof** hat am **Dienstag** der **Nichtigkeitsbeschwerde** der **Staatsanwaltschaft** gegen den **Freispruch** des **Wiener Ehepaares Marek** stattgegeben und das **Urteil** aufgehoben. **Emil Marek** und **seine Frau** standen im **vergangenen Sommer** im **Mittelpunkt** eines **aufsehenerregenden Prozesses**, dem eine **Anklage** wegen **Verjährungs** **schwindels** zugrunde lag. **Marek** sollte sich, um in den **Besitz** einer **hohen Versicherungssumme** zu kommen, selbst aber mit **Hilfe** seiner **Frau** ein **Vein** **abgehald** haben. Der **sensationelle Prozeß** wird also eine **Wiederholung** erfahren.

**Folgen schwerer Autounfälle.** In der **Nähe** von **Bordeaux** ereignete sich am **Sonntag** vormittag ein **schwerer Unfall**. Ein von einem **Kaufmann** gesteuertes **Auto** fuhr gegen einen **Maß** einer **Hochspannungsleitung**. Der **Maß** fiel um, stürzte auf den **Wagen** und tötete einen der **Innassen**, der gleichzeitig mit dem **elektrischen Strom** in **Verührung** kam. Aus der **Umgebung** eilten etwa **10 Personen** zu **Hilfe**, um den **Geübten** aus den **Trümmern** zu **bergen**. Dabei kamen zwei **gleichfalls** mit der **Hochspannungsleitung** in **Verührung** und wurden **auf der Stelle** getötet.

**Französisches Flugzeug** abgeflürzt. Unweit von **Bad Schwalbach** im **Taurus** stürzte am **Montag** vormittag ein **französisches Flugzeug** ab. Der **Führer** war auf der **Stelle** tot, der **Begleiter** hatte sich mit **Hilfe** eines **Fallschirmes** retten können, indem er **rechtzeitig** absprang.

**Rückflug der Brasilien-Flieger.** Die beiden **französischen** **Flieger** **Colle** und **Le Briz**, die vor einigen **Wochen** von **Frankreich** über **Nordwestafrika** nach dem **nördlichen Brasilien** und von dort nach **Rio de Janeiro** geflogen waren, haben am **Montag** von dort den **Rückflug** angetreten. Die **erste Flugstrecke** ging nach **Santiago**, von wo sie nach **Frankreich** fliegen wollen.

**Eine neue Telefonverbindung London-Paris-Madrid** wird in der **nächsten Woche** eröffnet werden. Man hofft, in **nächster Zeit** auch den **direkten Telefonverkehr** **London-Madrid** aufnehmen zu können.

**Ein teurer Hund.** Ein **reicher Grundbesitzer** in **Hollands** **Woods** hatte vor einiger **Zeit** einen **berühmten deutschen Schäferhund**, der unter dem **Namen** „**Peter der Große**“ in **vielen** **Filmen** mitgewirkt hatte, **erschossen**. Vom **obersten Gerichtshof** in **Los Angeles** wurde er jetzt zu **400 000 Mark** als **Ersatz** des **Wertes** des **Hundes** und zu **weiteren 100 000 Mark** als **Schadenersatz** verurteilt.

**Als Wilderer erschossen.** Im **Korste** **Notste** in **bei Liebenwerda** wurde dieser **Tage** ein **Wilderer** von einem **Körster** erschossen, nachdem er den **Beamten** mit dem **Gewehr** bedroht hatte. Erst nach vier **Tagen** wurde der **Erschossene** erkannt. Es handelte sich um den **Musikdirektor** **Richard Drechsler** aus **Arzhain** in **Sachsen**, der das **Opfer** seiner **Jagdleidenschaft** geworden ist.

**Drei Kinder mit Gas vergiftet.** Als die **Chelente Müller** in der **Leffingstraße** in **Berlin-Moabit** in der **Nacht** vom **Sonntag** zum **Montag** um **2 Uhr** morgens von einem **Vergnügen** nach **Hause** kamen, fanden sie in der **Küche** ihrer **Portierwohnung** die **drei Kinder** mit **Gas** vergiftet auf. Der **älteste Junge** von **sieben Jahren** war noch am **Leben**, während ein **dreijähriger Knabe** und ein **zweijähriges Mädchen** bereits **tot** waren. Die **Leitung** des **Gasherd**es war **undicht** geworden.



# Angrenzende Gebiete

## Provinz Südbad

**Arbeitsamt für den Landesteil Südbad.** Wochenberichterstattung an den Landesvorstand über die Zahl der unter-  
stützungsberechtigten Erwerbslosen in den einzelnen Gemeinden  
in der Woche vom 7. Dezember bis 13. Dezember:

Gemeinde	Männl. Erwerbslos		Weibl. Erwerbslos		Anzahl Angehöriger	
	über 21 Jahre	unter 21 Jahre	über 21 Jahre	unter 21 Jahre	über 21 Jahre	unter 21 Jahre
Stadt Göttingen	138	28	0	—	144	177
Land Göttingen	60	19	3	—	48	90
Salzgitter	86	7	5	—	76	114
Lehrte	30	5	—	—	25	41
Wolfsburg	19	3	—	—	16	22
Wiedinghagen	16	6	—	—	14	21
Wittendorf	32	7	—	—	24	45
Wittorf	76	3	1	—	57	73
Wittorf	130	16	8	2	101	143
Wittorf	144	11	8	3	106	166
Wittorf	3	1	—	—	3	10
Wittorf	68	7	—	—	51	91
Wittorf	8	2	—	—	7	18
Wittorf	21	—	2	—	18	35
Wittorf	26	—	—	—	25	46
Wittorf	28	1	—	—	24	46
Wittorf	40	3	—	—	33	53
Wittorf	17	—	—	—	15	28
Wittorf	0	—	—	—	0	12
<b>Zusammen</b>	<b>949</b>	<b>119</b>	<b>33</b>	<b>5</b>	<b>763</b>	<b>1231</b>

**Wöbbs, Bäuerlicher Aberglaube.** Der Mag. f. d. J. L. schreibt: Vor kurzem brannte die in Wöbbs gelegene Scheune des Landmannes Carl Wöbbs nieder. Es soll zweifellos noch sonst irgendwie selbständiges Material vorhanden war. Zur Feststellung der Ursache und zur Ermittlung des in Frage kommenden Täters haben die Landleute gemeinsam beschlossenen, zwei Helfershelfern aus Leipzig kommen zu lassen, die auch kürzlich bei dem Landmann Durhan in Steinhilber aufklärende Dienste geleistet haben. Ueber das Ergebnis der getroffenen Untersuchung liegen nähere Einzelheiten noch nicht vor. Es wäre jedoch sehr zu wünschen, daß auch in diesem Falle der Täter festgestellt werde, da in kurzer Zeit der Ort von sechs Bränden heimgesucht worden ist, ohne daß die angestellten Ermittlungen zur Feststellung der Ursache geführt haben. Die Untersuchungen fanden an Ort und Stelle statt. — So etwas gibt es noch heutzutage. Dabei wollen doch die beschuldigten Bauern der Provinz Südbad so schlan sein. Geld scheinen sie aber zum Hottispolis zu haben.

**Göttingen.** Eine Sitzung des Landesauschusses findet auf Antrag der SPD-Mitglieder am Montag, dem 19. Dezember, nachmittags 2 Uhr, statt. Es handelt sich um Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung von langfristigen Erwerbslosen, Sozialrentnern und Wohlfahrtskindern (Pflegekindern). Es wird beantragt eine Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen des Landbestandes und zwar für Verheiratete 20.— Mark; Ledige 20.— Mark; für die Ehefrau 5.— Mark; pro Kind 5.— Mark.

## Lauenburg

**Wöbbs.** Im Eise eingebrochen. Am Montag nachmittags begaben sich die drei Kinder des Arbeiters Scharfenberg in Hammer auf das Eis des bei der ehemaligen Korkmühle gelegenen Teiches, dabei brachen alle drei Kinder ein. Während es den beiden älteren Kindern gelang, auf's Trockene zu kommen, ist die sieben Jahre alte Schwester ertrunken.

## Mecklenburg

**Schönberg.** Beim Schlittschuhlaufen auf dem Mechow See brachen drei Kinder durch das dünne Eis, das bei Mitte des Sees bedeckte, und versanken. Während zwei Kinder gerettet werden konnten, ist der 10jährige Sohn des Chauffeurswärters Grienwald ertrunken.

**Schwerin.** Hilfe für die Minderbemittelten. Die Mecklenburg-schwerinsche Regierung wird den Wohlfahrtsämtern sofort weitere 90 000 Mark zur Verfügung stellen, um den kurzfristig in Not Geratenen (Erwerbslosen usw.) noch vor Weihnachten eine Beihilfe zahlen zu können.

**Neustrelitz.** Schreckliches Eisunglück. Auf dem in der Nähe von Feldberg gelegenen Haus-See ereignete sich am Sonntag ein furchtbares Unglück, das ein Menschenleben

forderte. Zwei Schwelkenhauer fuhren per Rad zu einer Besichtigungsfahrt über den See, der am jenseitigen Ufer nur mit einer ganz dünnen Eisbede bedeckt ist. Während der Begleiter des Unglücklichen, durch das fortwauernde Knarren des Eises ruhig geworden, etwa 100 Meter hinter seinem Arbeitskollegen zurückgeblieben war und diesen noch durch Zurufe vor dem Weiterfahren warnte, geschah schon im selben Augenblick das Unglück. Der Vorfahrende brach ein und versank mit seinem Rade in den Fluten. Die sofort herbeigerufenen Hilfsmannschaften vermochten dem Unglücklichen nicht zu helfen und so versank dieser nach "kündigem angstvollen Warten auf Rettung, vor den Augen der zur Unzeitigkeit verurteilten Rettungsmannschaft unter herzerweichendem Hilsgeschrei in den Fluten.

## Schleswig-Holstein

**Kiel.** Drei Selbstmorde. Wie berichtet, hat sich der Verwaltungsinспекtor Rade vom Versorgungsamt Kiel noch seiner Entlassung ins Gerichtsgefängnis erschossen, weil er sich zu Unrecht verurteilt glaubt. Das Urteil erfolgte lebhaft bei Grund von Indizien. — Auf der Krustkoppel hat sich der 40 Jahre alte Lehrer Schwanitz am Vortag bei Nacht erschossen. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder. Er war Hilfsschullehrer und mußte nach einem neueren Entlass an einer Prüfung teilnehmen. Diese Prüfung hat er nicht bestanden, und er hat sich daraufhin erschossen. — In einem künftigen Pachtgarten wurde der etwa 50jährige Rentner Stieh erhängt aufgefunden. Stieh hatte bereits früher einmal einen Selbstmordversuch unternommen. Diesmal hinterließ er seiner Frau einen Brief, in dem er mitteilte, daß er aus dem Leben scheiden wolle.

**Stiehewende (Kreis Steinburg).** 108 Schweine verbrannt. In Wöbbs bei Stiehewende brannte morgens das Gewese des Hofbesizers Schröder nieder. Wohnhaus und angrenzende Wirtschaftsgebäude wurden völlig zerstört. Sämtliche Heuvorräte und 108 Schweine wurden ein Raub der Flammen. Das Mobiliar konnte zum Teil geborgen werden. Man vermutet Brandstiftung.



Die Angestellten um die Wette  
sie sausen hin zur Arbeitsstätte —  
per Motorrad hat's Krause sein:  
ein Wohlfahrtslos bracht' es ihm ein!

Auch dir winkt das Glück — kauf' ein  
Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie!

Loje sind zu haben bei Hutziel, Leismann, Bank-  
abteilung der G. M. G., Holstenhaus, Möbelhandlung  
der G. M. G., Kersten, John, Warenabgabestellen  
des Konsumvereins, Lübecker Volksbühne, Gewerkschaftshaus,  
Reichsbannerbureau, Partei- und Gewerkschaftskassierer,  
sowie bei der Staatlichen Lottereeinnahme Jansen, Johannisstraße.

## Danseffekte

**Hamburg.** Eine sozialistische Weihnachtsausstellung. Hier wurde die Weihnachtsausstellung der Bildungsausstellung der Sozialdemokratischen Partei eröffnet, die zu einer großen sozialistischen Kulturschau ausgestaltet werden ist. Besonders die angelegte Ausstellung des Wiener Wirtschaftsmuseums, die in einer neuen, sehr anschaulichen und für die politische Propaganda unentbehrlichen, Kohlenbildtafel über die großen wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen Österreichs berichtet. Zu interessanten Vergleichen fordern die ausgestellten Zeugnisse der Wiener und Großhamburger Wohnungsbauentwicklung heraus, die in Bildern und Modellen zu übersichtlicher Darstellung kommen. Die großen sozialistischen Kulturorganisationen, die Arbeiterwohlfahrt, die Sozialistische Arbeiterjugend, die Arbeiter-Internationale, die "Naturfreunde", der "Arbeiter-Radio-Klub" und der "Bühnereis" geben in anschaulicher Form Proben von ihrer vielseitigen, für die gesamte Arbeiterschaft so ungemein wichtigen Tätigkeit. Eine angelegte Verleihsausstellung bietet das gute Weihnachtsgeschenk an. Besonders erwähnenswert ist dabei die Sonderchau der "Deutschen Kunstgenossenschaft". Die gesamte Ausstellung steht unter dem Patronat des Hamburger Senats und wurde nach einer eindrucksvollen Feier, bei welcher der sozialdemokratische Bürgerhaushaltspräsident Hoff in einer Ansprache Sinn und Ziel der sozialistischen Kulturarbeit umriss, durch den Senator Kaufmann eröffnet. Bereits der erste Tag wies eine erhebliche Besucherzahl auf, so daß mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die n-urartige Ausstellung in der Hamburger Bevölkerung den großen Widerhall finden wird, den sie verdient.

**Hamburg.** Wie man Bildern ein "antiquarisches Aussehen" gibt. Im Bilderjubiläumprozeß kamen nach Zeugnisauslagen verschiedene Methoden ans Licht, durch die die Angeklagten ihren "Wetterbildern" ein so täuschend antiquarisches Aussehen gegeben haben. Entweder wurden diese Bilder in den Rauchfang gehängt oder mit essigsaurer Lötlösung eingeweicht. Eine dritte Lösung war, die Rückseite der Bilder mit alten Zeitungen zu bekleben und diese mit Kaffeebraun zu malen. Dann bekamen sie in Glas und Rahmen ein "durchaus altes Aussehen".

## Der Tod über Ararat

### Religion und Wahnsinn

STK. Der Arabien-Reisende Mohammet Weiß schildert die "Nachsetten" der religiösen Begeisterung der Muslimen. Nach: ist es, unsichtbar ziehen Tausende von Kamelen durch die Wüste. Auf ihnen sitzen die frommen Pilger, die aus weiter Ferne zum Grabe des Propheten wollen. Dazwischen schreiten zehntausende zu Fuß durch den Sand. Da schreit ein Mann plötzlich: "Lobbet Allahumma" und sein Ruf wird aus zehntausend unsichtbaren Mäulern aufgenommen: "Hier bin ich bereit, o Gott!" Dann rauft eine Gruppe, und ein Mann, der nicht genügend fromm ist, zündet sich eine Zigarette an. Da steigt ein vorüberreitender Frommer vom Kamel ab und schlägt dem Sünder die Zigarette aus dem Mund. "Nicht einmal heute", so schreit er, "und hier, Du Hundesohn, kannst Du diese Schweinerei lassen". Denn das Zigarettenrauchen gilt den Wahabiten als schwere Sünde. Wie das Weintrinken.

Manchmal stolpern die Leute über etwas Dunkles das auf dem Boden liegt. Es sind die Toten des letzten Tages. Denn jene, die aus Eifer und Frömmigkeit, dem Herren wohlgefällig zu sein, am Tage marschieren, fallen oft der Sonne zum Opfer. Sie liegen dann in der Wüste und nicht einmal die Schakale beteiligen die Leichname — weil zuviel an Toten herumliegt! Der heilige Berg Ararat heißt die meisten Opfer. Dort war ein Mohammed, und erklärte den Gläubigen, daß er ihnen die heilige Religion gegeben habe. Und seit mehr als tausend Jahren pilgern die Anhänger hin. Aber es ist kein Wasser dort, und täglich sterben hunderte in der Zeit der Pilgerfahrten auf dem heiligen Berg Ararat. Denn ein Liter Wasser kostet auf dem Berg Ararat dreißig Pfennige, dem Geldwert nach etwa eine Mark. Die Leute sind arm, sie kommen aus weiter Ferne und sind erschöpft. Und der Sommer ist heißer als je. Töblichste Männer laufen in die Wüste und schreien wirre Worte — Allah rührt sich nicht! Seit der Zeit, da er dem Mohammed erschien, hat er sich den Gläubigen nicht mehr gezeigt. Und daher will die neueste Sekte, die Wahabiten, nichts anderes als das, was alle seit jeher wollten, sie will es nochmals und natürlich wahrer als jede andere Sekte es kann und will: nämlich sie will "den reinen Glauben herstellen", so wie er in der Urzeit war. ... vielleicht wird Allah sich dann endlich den Gläubigen zeigen, damit man auf der ganzen Erde erkenne, daß einzig der Islam die wahre Religion ist und alles andere Aberglauben ...

## Die Weihnacht von Dompierre

Von Heinz Eisgruber

Es war im Jahre des Unheils 1914. Das 1. Bataillon des 3. Regiments lag im vorderen Schützengraben. Die Tage waren sonnig und kristallklar. Die Stimmung der in die Mordgräben Verbannten war trüb. Alle hatten sie gehofft, den Weihnachtsabend in den Ruhegräben zu verbringen. Und nun zitterten sie in jenem Grabenabschnitt, der seit Wochen von beiden Seiten unterminiert wurde, vor dem Augenblick, da die Dynamitladungen den Graben in Gräber verwandeln würden.

Niemand getraute sich, laut zu sprechen. In allen Unterständen und Sappen lagen Horchposten an der Erde und lauschten auf die unterirdischen Klöpfel der Sappeure. Die verkämpften Sinne täuschten allüberall verdächtige Geräusche vor. Ein frierender Posten, der, sich zu wärmen, auf der Stelle trat, konnte einen ganzen Kompagnieabschnitt in helle Aufregung versetzen.

So kam der "Heilige Abend" heran. Im Abschnitt der 3. Kompagnie stand der Landwehrmann Kormann neben einer Schützengraben und äugte zu den französischen Gräben hinüber. Währenddessen schweiften seine Gedanken zurück in die Heimat, zu der kleinen blonden Frau und ihren drei Kindern. Heute abend würden sie unter dem kleinen Tannenbaum sitzen und an den Vater denken. Und Marie würden sich die Augen mit Tränen füllen; aber sie würde den Kopf abwenden, damit die Kleinen, denen der Krieg ohnehin die Gesichter geschmälert hatte, nicht auch traurig würden. Spät nachts dann, wenn die Kinder schliefen, würde Marie dann vor seinem Bilde sitzen und mit zitterndem Herzen fragen, ob er noch lebe, ob seine Glieder noch heil seien, ob er wiederkehren würde aus dem furchtbaren Norden.

Der Landwehrmann Kormann tat einen tiefen befreienden Atemzug: ja, er lebte noch, mit gesunden, heilen Gliedern; und zurückkommen würde er auch wieder; es konnte ja nicht mehr lange dauern; alle wußten es; alle sprachen ja davon; ein paar Wochen noch und der Wahnsinn würde ein Ende haben; alle hatten sie genug davon, hüben und drüben; mehr als ein paar Wochen würde niemand mehr mittun; sie waren sich alle darüber einig. Er würde bald in der Heimat sein.

Der Kriegsfreiwillige Frisch unterbrach die schweifenden Gedanken Kormanns. Der barocke Junge trat neben den bärtigen Mann und beide unterhielten sich leise. Ueber das etliche Thema der Frontsoldaten: wann ist der Krieg zu Ende?

Während sie miteinander flüsteren, wurde Kormann plötzlich aufmerksam; er deutete nach dem gegenüberliegenden Grabenstück, auf einen dunklen Gegenstand, der sich auf der Brüstung des französischen Grabens hin und her bewegte. Der Kriegsfreiwillige schob das Gewehr vor sich hin und machte es schußfertig. Aber Kormann hielt ihn zurück. Und beide beobachteten wie'r aufmerksam den merkwürdigen Gegenstand.

Da begab sich, schneller, als man erzählen kann, überraschend und in verwirrendem Durcheinander Folgendes: über dem französischen Graben wurde ein Kopf sichtbar, der augenblicklich wieder verschwand. Als nichts geschah, als kein Schuß fiel, erschienen zwei Soldatenköpfe, zwei lebendige französische Soldatenköpfe. Und daneben winkende Arme. Da schoben sich auch herüber Köpfe über die schützende Brustwehr. Und dann sprang einer aus dem Graben. Drüben gleich zwei. Und schon liefen, zögernd, winkend, gestikulierend, ohne Waffen, drei, vier auf das Drahtverhau zu: französische Kappis, deutsche Helme und Mützen.

"Camerade!" ... "Camerad!"  
Kormann war einer der ersten gewesen, die aus dem Graben sprangen. Sein Gewehr war dabei vom Grabenrand gelockert und mit dem Bajonett voraus in der Grabensohle stecken geblieben. Kormann hatte es nicht mehr bemerkt; seine Augen sahen nur das Eine: daß hier Friede wurde, Friede. Das, was alle seit Wochen und Monaten von Tag zu Tag heißer ersehnt hatten. Mißgeschick und Graubärte standen vor ihm und verließen ihm mit zitternden Händen Zigaretten und sagten "Camerade!" zu ihm und ihre Augen blickten wie Bruderaugen. Sie sprachen fremde Laute, die Kormann nicht verstand. Aber den Ton verstand er, den Sinn erfüllte er. Musik erklang ihm aus dem fremden Idiom, Musik, die er in der Sprache seiner Offiziere und Feldwebel nie vernommen hatte. Kormann klopfte, von seinen Gefühlen übermannt, einem schwarzbärtigen Franzosen, der ihm ein Stückchen Schokolade in die Hand drückte, die Schulter und zog ihn an seine Brust und erzählte ihm sprudelnd und hastig von seiner Marie, zu der er nun bald zurückkehren würde und von seinen drei Kindern und von seiner Schlosserwerkstätte. Und der bärtige Franzose sah ihm strahlend in die strahlenden Augen, in die Bruderaugen und erzählte ihm von seiner Jeannette und von den zwei Kindern und von seiner Schreibstube. Sie verstanden kein Wort. Und doch verstanden sie sich, als wären sie miteinander in die Schule gegangen. Als hätten sie eine Mutter gehabt. Sie verstanden sich.

Sie verstanden sich. Ja. Aber sie ließen sich trennen. Sie hatten verschiedenfarbiges Tuch am Leib und Mordgeschosse un-

gegrüet. Das zog sie auseinander. Hinter ihnen ertönten plötzlich scharfe, gellende Stimmen wie Peitschenknall. Und die Unteranen gehorchten. Die Brüder rissen sich voneinander los. Die jubelnden Menschenherzen verstummten jäh. Die Soldaten nahmen wieder die Mordwaffen in die Hände, die noch warm waren vom Händedruck der Menschlichkeit.

Kormann war mechanisch, verwirrt, gedankenleer zurückgesprungen, als die Fläche und Kommandorufe der Offiziere in die Verbrüderungszonen hineinsprachen. Er wußte nicht, warum er zurücksprang, er wollte nicht; aber er sprang. Und sein französischer Bruder: er wollte nicht, aber er sprang. Warum? Warum? Kormann hätte weinen mögen wie ein kleiner Junge, als er wieder im Graben stand, als leibende Offiziere an ihm vorüberliefen und von Kriegsgericht und An-die-Wand-stellen schrien. Warum, warum waren sie nicht beieinander geblieben, die einander tausendmal näher standen, als ihren Offizieren? Warum? Warum?

Kormanns dumpfes Hirn gab keine Antwort. Er stand, die weile Gefühlstürme durch sein Herz brausten, stumm und unbewegt an der Brustwehr. Und als ihm der kleine Kriegsfreiwillige Frisch, der auch draußen gewesen war — ein kleiner jubelnder Junge, der dies Seltsame wie ein köstliches Abenteuer erlebt hatte — auf die Schulter klopfte, da schrak er zusammen, als erwachte er aus einem tiefen Traum.

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende. Bis hierher war sie unendlich herrlich und unendlich traurig. Aber nun wird sie bestialisch.

Als die Mitternacht dieses Friedenstages gekommen war, als in der Heimat die Gloden zur Messe riefen und die Orgeln "Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen auf Erden ..." fingen, da flogen die Mienen, die von hüben und drüben gegraben waren, in die Luft. Die deutschen und die französischen. Die deutschen Bruderherzen waren zerrissen und die französischen. Hüben wie drüben mußte die internationale Gibe der professionellen Haser und Schlächter die zwölfte Stunde der Weihnacht erwählt haben, um in ihm mit Dynamit jenen geheiligten Erdenfleck zu vertilgen, der den Brudertuß der Menschenliebe gesehen hatte.

Kormann, der träumend in einem vorgehobenen Horchpostenloch gesessen hatte, wurde zerrissen wie sein französischer Freund drüben. Sie fanden sich wieder in jenem kleinen Sackchen, in dem später die verstreuten Knochen- und Fleischresten der Toten gesammelt wurden.







# AUS DEM GEWERKSCHAFTSLEBEN

14. Dezember

Beilage zum Lübecker Volksboten

Nummer 292

## Schwerindustrielles Weihnachtslied

Stille Nacht, heilige Nacht,  
Diesmal wird ernst gemacht!  
Räderwerk, das sich noch hurtig bewegt,  
Warte nur, bald wirst du stillgelegt,  
Schläfst dann in himmlischer Ruh.

Stille Nacht, heilige Nacht,  
Arbeitsvoll, gib du acht,  
Hast dich geradert und abgeheht,  
Ultimo wirst du aufs Pfalter geseht,  
Kurz nach des Hellsands Geburt.

Stille Nacht, heilige Nacht,  
Industrie hat die Macht,  
Geld triumphiert, und sein Spruch bedroht  
Dreihunderttausend mit Hunger und Not.  
Wann naht die rettende Stund?

Hans Baner

## Gemeinnützige Baugenossenschaften

Der durch die freien Gewerkschaften ins Leben gerufene „Revisionsverband Gemeinnütziger Baugenossenschaften“ hielt in Hamburg seinen 4. Jahrestag ab. Die Tagung war durch Vertreter Gemeinnütziger Baugenossenschaften aus allen Teilen des Reiches und durch Delegierte befreundeter Organisationen (freie Gewerkschaften und Genossenschaften) reich besetzt.

Im Austrage des Verbandsvorstandes gab E. Knecht in Berlin einen Ueberblick über die Geschäftsentwicklung im verfloffenen Jahr. Der Redner wies darauf hin, daß für den Revisionsverband seit seiner letzten Tagung im März 1927 in Berlin, wo die Umstellung von einer Betreuung der sozialen Baubetriebe auf eine Betreuung der gemeinnützigen Baugenossenschaften und -gesellschaften vor sich ging, bereits eine gute und gesunde Entwicklung eingetreten ist. Die Zahl der angeschlossenen Baugenossenschaften hat sich seit der letzten Tagung fast verdreifacht. Die Steigerung hätte noch viel größer sein können, wenn nicht eine vorläufige Stiehung vorgenommen worden wäre. Diese Stiehung war dringend notwendig, weil der Revisionsverband es sich zur Aufgabe macht, nur solche Baugenossenschaften aufzunehmen, die wirklich gemeinnützig und gemeinwirtschaftlich arbeiten und gesunden Geist zur Förderung der Wohnungsbauaktivität und der Wohnungskultur besitzen. Der Verband lehnt es ab, Baugenossenschaften aufzunehmen, die mehr oder weniger nur Dekoration für private Unternehmerorganisationen sind. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Arbeiten des Revisionsverbandes ein, die sich nicht nur, wie bei vielen ähnlichen Verbänden, auf die Kontrolle der Mitglieder beschränken, sondern sich auch auf die Unterstützung der gemeinnützigen Baugenossenschaften in allen praktischen Fragen des Wohnungsbaues, seiner Finanzierung und der Wohnungsverwaltung erstrecken.

Die Tagung beschäftigte sich weiter mit den Richtlinien und Grundrissen für das künftige Arbeiten der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die von der Versammlung angenommen wurden. Am Sonntag fand eine große Kundgebung der gemeinnützigen Baugenossenschaften in der Hamburger Kunsthalle statt, an der sich Vertreter der preussischen und hamburgischen Behörden beteiligten. In diese Kundgebung schloß sich die Bestätigung neuer großer städtischer Bauten in Hamburg, Altona und Wandsbek.

## Die außerordentliche Generalversammlung der „Volksfürsorge“

fand im Sitzungssaal der „Volksfürsorge“ in Hamburg statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Gen. Th. Velpert, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, erteilte dem geschäftsführenden Vorstandsmittglied Lesche das Wort. Lesche begründete kurz die Notwendigkeit der Erhöhung des Aktienkapitals. Das bisherige Aktienkapital von 500 000 RM sei unzureichend. Komme die „Volksfürsorge“ später einmal dazu, weitere Sparten, etwa Unfall- und Haftpflichtversicherung, einzuführen, müsse selbstverständlich erneut zu einer evtl. Erhöhung des Aktienkapitals Stellung genommen werden. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen eine Erhöhung um 2 Millionen Reichsmark vor, von denen 25 Proz. bar eingezahlt werden müssen. Der Organisationsfonds, der durch die in der letzten ordentlichen Generalversammlung erfolgte Dotierung wieder die ursprüngliche Höhe von 200 000 Reichsmark erreicht habe, müsse nach § 12 des Gesellschaftsvertrages an die Aktionäre zurückgezahlt werden. Vorgeschlagen werde nun, diese 200 000 Reichsmark im Verhältnis der übernommenen Beträge auf das neu einzuzahlende Aktienkapital anzurechnen. Dann wäre nur noch eine weitere Barzahlung von 300 000 Reichsmark nötig, die je zur Hälfte von den Gewerkschaften und den Genossenschaften aufzubringen sei. Die Generalversammlung beschloß einstimmig die Erhöhung. Einstimmig wurde ferner beschlossen: Der § 3 des Gesellschaftsvertrages erhält folgende Fassung: Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2 500 000 Reichsmark (Zweimillionenfünfhunderttausend Reichsmark) und ist in 5000 Stück Aktien zu je 100 Reichsmark (Einhundert Reichsmark) und 2000 Stück zu je 1000 Reichsmark (Eintausend Reichsmark) eingeteilt.

**Gegen den Bau von Werkwohnungen.** Der preussischen Regierung steht ein Kredit in Höhe von 80 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung. Die Unternehmer wollten, daß von dieser Summe ein erheblicher Teil für die Finanzierung von Werkwohnungen abgezweigt würde. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte sich vor einiger Zeit zu diesem Zweck an den preussischen Minister für Volkswohlfahrt gewandt. Jetzt wird bekannt, daß zwischen den Vertretern der Industrie und der Regierung Verhandlungen über diese Angelegenheit stattgefunden haben, die Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie aber von der preussischen Regierung abgelehnt worden ist. Die Ablehnung ist erfolgt, weil die Bestimmungen über die Verwendung der Gelder aus dem 80-Millionen-Kredit eine Herabgabe von Zuschüssen zum Bau von Werkwohnungen nicht gestatten und weiter, weil die Gelder für die vielen anderen zu unterstützenden Bauvorhaben reiflos benötigt werden. Die Abgabe der preussischen Regierung an den Reichsverband der Deutschen Industrie ist durchaus berechtigt. Der Bau von Werkwohnungen erfolgt ja nicht lediglich zu dem üblichen Zweck, der Arbeiterschaft der Werke gute Wohnungen zu verschaffen, sondern es liegt dabei auch die Absicht zugrunde, die dort wohnenden Arbeiter gefügig und abhängig zu machen. Durch das Wohnen in werkeigenen Häusern bittet der Arbeiter einen großen Teil seiner Selbstständigkeit ein, da er befürchten muß, daß er bei entstehenden Differenzen aus-

## Bekämpfung der Volksseuchen im Rahmen der Invalidenversicherung

Ueber die Heilfürsorge in der Invalidenversicherung, insbesondere auch über die damit zusammenhängende Bekämpfung der Volksseuchen, nämlich der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, bringt das Reichsversicherungsamt jetzt für das Jahr 1928 eine umfangreiche, auch bildlich veranschaulichende Uebersicht heraus.

Die Tuberkulose war nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes vor dem Kriege im raschen Sinken begriffen. Sie war bis zum Kriegsausbruch um etwa die Hälfte zurückgegangen. Nach dem darauffolgenden gewaltigen Aufstiege im Jahre 1918 ist in den letzten Jahren die Tuberkulose-Sterblichkeit nicht nur wieder auf den Friedensstand von 1922 auf 10 000 Lebende gesunken sondern hat im Jahre 1928 den bis jetzt tiefsten Stand von 10,7 erreicht. Während die Tuberkulose nach im Jahre 1928 nach den Krankheitsarten der Kreislauforgane die verbreitetste Todesursache war, ist sie im Jahre 1928 an die dritte Stelle gerückt. An dem Kampfe gegen die Tuberkulose hatten die Träger der IV., aus kleinen Anfängen hervorgehend, einen hervorragenden Anteil. Etwa ein Drittel aller seit dem Jahre 1897 behandelten Personen litten an Tuberkulose, und mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben dieser Zeit wurden zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet.

Am verbreitetsten ist die Lungen- oder Kehlkopftuberkulose. Von den im Jahre 1928 wegen Tuberkulose überhaupt behandelten 49 496 Personen entfielen allein 49 153 auf Lungen- oder Kehlkopftuberkulose, 197 auf Knochen- oder Gelenktuberkulose und 146 auf Lupus.

Ueber das Ergebnis der ständigen Heilbehandlung wegen dieser nachgewiesenen Lungen- oder Kehlkopftuberkulose nach Abschluß des Heilverfahrens im Jahre 1928 berichtet eine Tabelle. Nach dieser sind von 25 024 (ohne die vorzeitig entlassenen) männlichen Personen 23 485 = 94 v. H. mit Erfolg behandelt. Dasselbe Verhältnis weisen die Zahlen bei den weiblichen Personen auf. Hier zählte das Heilverfahren bei 17 886 Personen Erfolg in 16 206 Fällen = 91 v. H.

Sichtlich der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten ist nach der Uebersicht des Reichsversicherungsamtes im großen und ganzen deutlich ein Rückgang, nicht nur gegenüber der ersten Nachkriegszeit, sondern auch gegenüber der Zeit vor dem Kriege festzustellen. Dies gilt insbesondere für die Syphilis, weniger für den Tripper. Dieser erfreuliche Rückgang ist in erster Linie den besseren Behandlungsmöglichkeiten und der umfassend betriebenen Fürsorge- und Aufklärungs-tätigkeit zu verdanken, woran die Träger der IV. außerordentlichen Anteil hatten.

Im Jahre 1928 konnten 13 827 versicherte Personen gegenüber 11 830 Personen im Vorjahre einer Heilbehandlung wegen Geschlechtskrankheiten unterzogen werden. Von den 13 827 Versicherten wurden 1272 in Heilanstalten und 12 805 ambulatorisch, d. h. in der Sprechstunde des Arztes, behandelt. Nach dem Geschlecht waren es 8259 Männer und 3371 Frauen. Die Behandlung wurde von 1219 Männern und 305 Frauen vorzeitig abgebrochen. Nach Art des Geschlechtsleidens litten von den Männern 42 v. H. an Syphilis, 48 v. H. an Tripper, 3 v. H. an Syphilis und Tripper und 7 v. H. an anderen Geschlechtskrankheiten, von den Frauen 64 v. H. an Syphilis, 30 v. H. an Tripper, 5,7 v. H. an Syphilis und Tripper und 0,3 v. H. an anderen Geschlechtskrankheiten. Hieraus ergibt sich, daß die Syphilis bei den Frauen und der Tripper bei den Männern verhältnismäßig stärker verbreitet ist.

An Kosten für die gesamte Heilbehandlung im Jahre 1928, an der (alle Arten der Erkrankungen eingeschlossen) 268 089 Personen Teil hatten, haben die Träger der Invalidenversicherung rund 50 Millionen Reichsmark aufgewandt. Eigene Heilstätten befehen die Versicherungsträger am Schlusse des Berichtsjahres 108 mit 13 846 Betten. In den eigenen Heilstätten der Versicherungsträger sind im Jahre 1928 insgesamt 91 878 Personen (einschließlich Kinder) verpflegt worden,

nämlich 33 729 Personen in Lungenheilstätten und 53 139 Personen in Heilanstalten. Die Betriebskosten der eigenen Heilstätten der Versicherungsträger haben eine weitere Zunahme erfahren. Sie betragen im Jahre 1928 rund 27 Millionen RM gegenüber 22,5 Millionen RM im Jahre 1925 und 13 Millionen RM im Jahre 1913.

Außerdem haben die Versicherungsanstalten im Jahre 1928 bei der starken Inanspruchnahme des Heilfahrens von Seiten der Versicherten noch etwa 970 andere, fremde Heilstätten benutzt und in diesen 52 826 Personen untergebracht. Die Kosten für die Heilbehandlung dieser Personen sind nicht besonders ermittelt.

Sodann sind im Berichtsjahre noch 805 Personen (500 Männer und 305 Frauen) an 27 866 Verpflegungstagen mit einem Kostenaufwande von 152 559 RM. von 7 Versicherungsanstalten in 19 Waldheilstätten behandelt und verpflegt worden.

Nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes sind weiter — in Grundlage des § 1274 RVO. — noch größere Mittel aufgewendet worden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Im Vordergrund steht auch hier die Bekämpfung der Tuberkulose, da sie vornehmlich die Reihen der wirtschaftlich wertvollsten Altersklassen schädigt. Ueber die Hälfte aller bei den Versicherungsanstalten im Jahre 1928 gemäß § 1274 aufgewendeten Mittel (rund 56 v. H.) wurden zur Bekämpfung der Tuberkulose, d. h. zur Errichtung von Heilstätten, Waldheilstätten, Fürsorgestellen für tuberkulose Kinder und für sonstige Zwecke verwendet, rund 19 v. H. zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, insbesondere die Kosten für die Beratungsstellen, rund 18 v. H. für die Kinderfürsorge, rund 9 v. H. für die Gemeindefürsorge, rund 1 v. H. für die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, des Lupus und der Krebserkrankung und rund 6 v. H. für sonstige Zwecke aufgewendet.

Im Jahre 1928 betragen die gesamten Aufwendungen der Versicherungsanstalten gemäß § 1274 RVO. rund 9,2 Millionen RM. gegenüber rund 7 Millionen RM. im Jahre 1925 und rund 1,4 Millionen RM. im Jahre 1913.

Eins muß zu dem Bild, welches das Reichsversicherungsamt über die Heilfürsorge der Versicherungsträger in der Invalidenversicherung hier aufgerollt hat, gesagt werden: Auffällig hoch ist der Hundertsatz der mit Erfolg durchgeführten Heilkuren bei den Lungen- und Kehlkopftuberkulosen angefallen. Er beträgt nach der Uebersicht im Durchschnitt 91 v. H. Allerdings heißt es ausdrücklich, daß die „vorzeitig Entlassenen“ (das sind die Todeskandidaten) nicht in die Rechnung mit eingerechnet wurden. Aber der hohe Prozentsatz der „Erfolge“ wird alle die Fälle in sich schließen, wo wohl nach der Beschleunigung des Anstaltsarztes Besserung und Erwerbsfähigkeit nach der Kur vorliegen sollte, in Wirklichkeit aber der Versicherte nach Aufnahme der Arbeit wieder zurückerkrankte. Hier ist ein Wandel nötig. Sollen die Heilstättenerfolge dauernder als bisher werden, so darf der gebessert entlassene Versicherte durch Entziehung oder Verweigerung der Invalidenrente nicht gleich wieder zur Aufnahme der Arbeit gezwungen werden. In den meisten Fällen wird ein dauernder Erfolg abhängen von einer an die Kur sich anschließenden Uebergangszeit der Schonung und Pflege.

Vor allem aber sollten bei Entlassung des Versicherten aus der Heilstättenkur die Anstaltsärzte „der Reklame wegen“ den „Erfolg“ in den für die Versicherungsanstalten bestimmten Gutachten nicht besser malen, als er in Wirklichkeit ist. Der leidende Teil dabei sein und bleiben die Versicherten. Hier muß es heißen: Weniger Reklame! Mehr Gewissenhaftigkeit!

dem Arbeitsverhältnis nicht nur seine Arbeitsstelle, sondern auch gleichzeitig seine Wohnung verliert. Die Paragraphen 20 bis 22 des Mieterschutzgesetzes beschränken den Inhaber von Werkwohnungen nach Aufgabe ihrer Arbeitsstelle sehr stark den Anspruch auf Weiterbenutzung der Wohnung. Diese Abhängigkeit der Inhaber von Werkwohnungen wissen die Unternehmer auszunutzen. Zur Beseitigung des Wohnungsmanagers ist der Bau von Werkwohnungen keinesfalls der richtige Weg. Demgemäß haben sich die Gewerkschaften denn auch im Vorjahre in den von ihnen aufgestellten „Richtlinien für den Wohnungsbau“ gegen den Bau von Werkwohnungen mit direkter oder indirekter Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ausgesprochen.

Das Docks- und Maschinenpersonal der Weser-Schiffahrt, organisiert im Deutschen Verkehrsbund und Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, ja' seinen Lohnarbeitern gekündigt. Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne sind noch nicht angefangen. Die Wasserfahrzeuge verkehren nicht nur in der Weser-Schiffahrt, sondern auch in den westdeutschen Kanälen, vornehmlich im Abtransport von Kohle aus dem Ruhrgebiet nach den Weserhäfen und Emden. Zeitweilig fahren die Rähne auch auf dem Rhein.

Ueber die Durchführung der Rationalisierung in der Bauindustrie verbreitet das Reichsarbeitsministerium folgendes Kommuniqué: „Zur Senkung der Baukosten werden neuerdings vielfach Versuche mit neuen Baumweisen und Baumstoffen unternommen. Wenn es auch begreiflich ist, daß im Hinblick auf manche schlechten Erfahrungen mit kohlepararenden Ersatzbaumweisen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit neue Baumweisen mittragen begegnen, so haben sich doch eine Anzahl neuer Baumweisen und Baumstoffe sehr gut bewährt. Insbesondere verdienen diejenigen Beachtung und Förderung, welche die Serienbauerteilung nach einheitlichen Typenentwürfen erleichtern, den Ausbauprozess des Baues beschleunigen, eine möglichst kurze Bauzeit beanspruchen, eine Ausdehnung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr ermöglichen und zu deren Ausführung leicht beschaffbare Rohstoffe, die sich in der Verarbeitung als wirtschaftlich erweisen, verwendet werden können.“ — Bis jetzt ist der deutsche Bau-Index von der Rationalisierung unberührt ge-

blieben. Die deutschen Baustoffpreise entwickelten sich während der Bauzeit durchweg nach oben, während im Ausland eine starke Preislenkung festzustellen ist. Hoffentlich bekümmert sich das Arbeitsministerium auch einmal um diesen eigenartigen Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Preisbildung.

## Ausländische Gewerkschaften

Der Jahrestongress des Landesverbandes der norwegischen Gewerkschaften in Oslo nahm einen wenig erfreulichen Verlauf. Infolge der scharfen Angriffe des kommunistischen Flügels war die Vorstandsmehrheit gezwungen, ihren Antrag auf Anschließung an Amsterdam zurückzuziehen. Auf der anderen Seite gelang es nicht, den kommunistischen Flügel zu veranlassen, nun ebenfalls seine Vorschläge für den Anschluß an die Russen fallen zu lassen. Die kommunistische Minderheit verlangte die Organisation eines norwegisch-finnisch-russischen Komitees zu dem Ziele, eine internationale gewerkschaftliche Vereinigung, einschließlich der bolschewistischen Gewerkschaften, auf dem Wege über einen Weltarbeiterkongress herbeizuführen. Ein anderer halbkommunistischer Minderheitsantrag forderte, daß mit den Russen nicht eher zusammengearbeitet werde, bis es gelinge, zwischen Rußland und Amsterdam eine Einigung herbeizuführen.

Der Vorsitzende des norwegischen Gewerkschaftsbundes Halvard Olsen bemerkte zu diesem Ergebnis in der Anschlußfrage, daß bei der Aussprache über die Wiedervereinigung mit Amsterdam die Parteileidenschaft in einer Weise aufgewühlt worden seien, wie das höchstens in den Tagen der Parteilichkeit der Fall gewesen sei. Nur dank der „geistigen Führerschaft“, die ein Teil der Arbeiterpresse über die gewerkschaftliche Organisation in Anspruch nehme, sei dies möglich gewesen. Das Beklagenswerteste sei dabei, daß die meisten der kommunistischen Zeiterheber, die nie in ihrem Leben Mitglied einer Gewerkschaft gewesen seien oder würden, nur den inneren Streit und die Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung pflegen und fördern.





# Die Halsgerichtsordnung

Der „spanische Stiefel“ / Der „eiserne Stier“ / Zehnjährige Untersuchungshaft  
Der „Rächer“-Tod

Die Rechtsprechung des Mittelalters stützte sich im wesentlichen auf die Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V., auch „Constitutio Criminalis Carolina“ (C. C. C.) geheißen.

Wie sich die Handhabung dieser Halsgerichtsordnung in der Praxis auswirkte, davon mögen folgende Einzelheiten uns ein anschauliches Bild geben:

## Beschreibung der Folterwerkzeuge.

Wie die heute noch bestehenden Sammlungen zeigen. Als misshandeltes Mittel, Gefändnisse zu erzwingen, galten die Daumenkneulen. Schmerzlich waren die Peinstrauben oder „spanischen Stiefel“, das sind Pressen, welche um Waden und Schlenkenbeine gelegt und zugeschraubt wurden. Große Qualen verursachten die Schnüre, die um den nackten Oberarm gewunden und von den Peinigern hin- und hergezogen wurden und auf diese Weise große Schmerzen verursachten. Eine grausame Steigerung war der sogenannte trodene Zug. Der Verurteilte wurde an den auf dem Rücken zusammengebundenen Händen in die Höhe gezogen und seine Füße mit Gewichtstücken beschwert, wodurch die Glieder ausgereckt wurden.

Ward durch diese Mittel noch kein Geständnis erpreßt, so wurden die Märtern erhöht. Dazu diente der „gepläzte Hase!“

Darunter versteht man eine hölzerne, mit Pfählen beschlagene Klatze, welche im Rücken des an einer Leiter aufgehängenen Delinquenten gedreht wurde und so die Pfähle in das Rückenmark drückte.

Noch ärgerer Qualen wurden erzielt durch Anzünden von Schwefel, Kienspan und Berg auf den Gliedern des zu Peinigenden.

Petrus Bortius berichtet uns eine

## furchtbare Foltergeschichte aus dem Jahre 1576

aus Nordholland, welche alle Schrecken und Grauel des damaligen Folterwesens wie in einem Bilde zusammenfaßt.

Der Statthalter Wilhelm von Oranien ließ über 20 umherziehende Bettler verhaften. Vor ihren Richtern gestanden sie auch alsbald einige kleine Verbrechen wie Diebstahl u. a. zu. Man rief aber mehr von ihnen wissen, deshalb schritt man zur Folter. Unter den Qualen gaben sie schließlich — entgegen der Wahrheit — zu, einige Bauern hätten sie mit Geld bestochen, Dörfer anzuzünden in dem Augenblicke, in welchem die Spanier die Provinz angreifen würden. Danach hatten die Richter nämlich gefragt.

Nach der Schilderung des Foltermeisters wurden auf Befehl des Richters einem dieser Bettler die

## Hände auf dem Rücken gebunden und an die zwei großen Felsen Gewichte von zwei Zentnern gehängt.

Die Richter lasen unterdessen von einem Zeisel die Namen verschiedener Bauern ab und fragten, ob nicht diese ihn zur Brandstiftung angereizt hätten. Daran knüpften sie von Zeit zu Zeit die Mahnung wie: „Du mußt es sagen, wir wissen es schon zur Genüge; du mußt sie anrufen, sonst wirst du alle Tage auf diese Weise gefoltert.“ Der Bettler schwieg. Die Kommission der Richter aber ging ins nahe Wirtshaus. Drei Stunden hielt der Mann seine Märten aus; dann hat er, man möge die Richter rufen, er könne nicht mehr. Als diese nach längerer Zeit erschienen, fragten sie, ob der Angeklagte Anaben machen wolle. „Was wollt ihr denn von mir hören, meine Herren?“ entgegnete dieser. Sie sagten: „Nennst du uns die Spiegeleisen, die du bei deinen Verbrechen gehabt, so wollen wir dir das Leben schenken.“ Auf diese Versicherung hin und im Uebermaß der Schmerzen schuldigte er die Bauern an, deren Namen auf dem Blatt standen. Dem Scheiterhaufen entging er aber trotzdem nicht. Auf der Richtstätte widerrief er alle Angaben in feierlicher Weise; dennoch wurden alle anderen Bettler und die beschuldigten Bauern gefoltert und hingerichtet. Bei der Folterung benützte man Wespen, Bienen, glühende Kohlen, brennende Kerzen, flüssig gemachten siedenden Speck. Sechs Tage ließ man einen von ihnen namens Mannius Jacobi, Darrt leiden. Ratten, durch Hitze zum Beißen gereizt, wurden ihm auf die bloße Brust gesetzt. Schließlich sagte er „ja“ zu allem, was die Richter von ihm wissen wollten und diese sprachen über ihn das Todesurteil mit der Begründung: „Sintemalen Mannius Jacobi, dormalen in Haft, ohne alle Foltern und eisernen Banden gestanden hat“ und so weiter.

Die Gräßlichkeit der Folter zeitigte eine selbst für damals charakteristische Erscheinung: Räuber und Gauner quälten sich gegenseitig in Wäldern mit den aussaeufstehenden Beinen, um sich für den Fall einer Verhaftung im Voraus abzukürten.

In den Gerichtsakten jener Zeit finden sich manche höhnische, aber auch zugleich wichtige Anspielungen auf diese Zustände. Den Schatzrichter nannte man: „Annoh“, „Meister Hämmerlein“, „Kurzab“, „Schnüchhanslein“. Der Galan wurde „Dreibein“, „lustiges Gintle — Gantle“ und das Gehängtelein „mit Junger Hännin Hochzeit machen“ oder „mit den vier Winden zum Tanz gehen“ bezeichnet.

Angefaßt solcher Peinen wird es begreiflich, daß Unschuldige sich schuldig bekannten. Manah einer hat sich zu irgend einem Verbrechen von vorherin bekannt, zur Verhütung dieser Tortur, im Bestreben, lieber die sofortige Hinrichtung, als diese Qualen zu erdulden.

Mit der fortschreitenden Verwilderung hielt das Folterwesen gleichen Schritt. Der Geschichtsschreiber Grevius berichtet uns aus dem Jahre 1624:

## „Es gibt jetzt mehr Arica von Foltern, als Glieder am Leibe.“

Oft bringt man sie an einem Menschen zur Anwendung; z. B.: Einschließen in den sogenannten eisernen Stier, der glühend gemacht wurde. Eingießen großer Mengen Urin in den Mund, Erzeugen von Schlaflosigkeit, Bienen- und Wespenstiche, Auflegen von Essig, Salz und Pfeffer auf Wunden, Schwefelgase in Nase u. a. mehr.“

War die Tortur schrecklich, so aber auch die Strafen nicht minder entsetzlich.

Im eigentlichen Mittelalter waren die Gefängnisse und Gefängnisstrafen noch erträglich zu nennen. Anders jedoch im

17ten! Jeder Verkehr mit der Außenwelt war unterbunden. „Nacht, schaurig, unter dem Erdboden gelegen, waren die Gefängnisse grauerregende Höhlen,

sehen aus wie eine überdachte Pfütze.“ Furchtbar ist die Beschreibung eines Augenzeugen aus dem Jahre 1802 über die Gefängnisse. In tiefen Löchern und Gräben wurden die Gefangenen in Holz eingeschraubt, so daß sie Arme und Füße kaum bewegen konnten. Ober das Loch war nur so groß, daß die Gefangenen nur in liegender Lage sich darin aufhalten konnten. Bisweilen waren 15-30 Klasten tiefe Gruben vorhanden, in die die Gefangenen, am Leibe gebunden, mit Striden hinuntergelassen und je nach Bedarf herausgeholt wurden.

Die Untersuchungschaft jener Zeit zog sich ins endlose hin. Bis zu zehn Jahren mußten Verurteilte auf ihre Strafkammer warten.

Die äußerste Kriminalstrafe, die Todesstrafe, war nicht minder grausam und roh ausgeführt. Unfähliche Märtern gingen voraus.

# Der Schornsteinfeger

Von Lili Körber.

„Mutter, ich muß hinaus“, sagte Karl und legte das Messer mit dem er Kartoffeln schälte, auf den Tisch. Er nahm den großen Schlüssel, der auf einem Nagel an der Tür hing und trat auf den Gang.

Als er die Abtritttür hinter sich obderlegt hatte, wurde er ganz froh und munter. Er kletterte auf den breiten Holztisch, lehnte sich an den Vorsprung vor dem schmalen, hohen Fenster und zog aus der Tasche einen Bleistift und ein Stück Papier sorgfältig glättete er das Papier. Er hatte es nach vielem Betteln von einem Schulkameraden erstanden und mußte noch drei Briefmarken hergeben. Der Freund hatte das Blatt aus seinem Rechenheft herausgerissen. Karl selber wagte dies nicht mehr, seitdem ihm der Vater dahintergekommen war und ihn durchgeprügelt hatte.

Karl zeichnete den Schornstein gegenüber, dazu einen Schornsteinfeger mit einer Leiter. Es war sehr schwer die Leiter schräg zu zeichnen. Es wollte garnicht richtig werden.

Jemand rüttelte an der Tür. Karl drohte sich nicht um und zeichnete weiter. Das eine Bein des Schornsteinfegers sollte unrichtig im Schornstein bleiben, mit dem anderen mußte er sich gegen den Rand des Schornsteines stemmen. Dann konnte er die Leiter gerade herunterhängen lassen. Aber eigentlich war dies bloß ein Schwindel, um die Sache leichter zu machen; es schaffte nicht. Karl konnte dann auf die Zeichnung nicht richtig stolz sein. Ueber wollte er doch die Leiter schräg zeichnen. Er zog aus der Tasche ein Stückchen Gummi und radelte sorgfältig, um von neuem zu beginnen.

Da wurde wieder an der Tür gerüttelt und furchtbar geschimpft. Es war Strobl, der Nachbar, der mit sich nicht spaßen ließ. Karl erschrak und sprang eilig von seinem Stuhl herunter. Er wagte garnicht die Tür aufzumachen, aber der Nachbar machte einen Mordspießstich und Karl fürchtete, daß die Mutter es hören würde.

Er entschloß sich aufzuschließen. Der Nachbar schimpfte noch mehr, als er ihn erblickte und hätte sicher zugehauen, wenn er es nicht so eilig gehabt hätte. Aber er drohte ihm, er wolle seinem Vater Bescheid sagen.

Am Abend bekam Karl eine Tracht Prügel. Er war sehr niedergeschlagen. Die Prügel machten ihm nichts, daran war er gewöhnt, aber er begriff, daß man jetzt aufpassen und ihn, wenn er zu lange bliebe, holen würde. Er mußte also einen anderen Zufluchtsort ausfindig machen. Aber wo? Auf der Treppe, im Hofe, überall waren Leute, die den Eltern erzählen konnten, daß er wieder gezeichnet hatte. Das durfte er nicht, wenn zu Hause etwas zu tun war. Und es war doch immer zu tun, mit den fünf kleinen Geschwistern, die alle in einem Zimmer übereinandertröfen. Karl war recht unglücklich. Er hatte nicht einmal die Leiter fertigmachen können.

Am anderen Morgen erzählte der kleine Strobl in der Schule, Schmidts Karl verbrachte seine Zeit im Abtritt. Die Leute mühten sich anstellen wie an einem geschlossenen Schalter, mit Füßen und Häupten trommeln, bis Karl geruhe die Tür aufzumachen und das Lokal freizugeben. Der Lehrer hörte das, rief Karl zu sich, tat einige Fragen, die der Knabe in seiner Verwirrung nicht beantworten konnte, und bestellte schließlich den Vater zu sich. Der kam in einer furchtbaren Wut heim, brüllte der Junge mache ihm Schande, verkaufte ihn und verbot ihm, sich überhaupt aus der Schwelche der Mutter oder seiner eigenen zu entfernen. Er mußte 10 Minuten nach Schulschluss zu Hause sein. Und wenn er es nicht war, dann wehe ihm! Auch am Sonntag sollte er nicht mit den anderen Knaben auf die Straße, wo man ihn nicht beaufsichtigen könne; spielen gehen. Er dürfe auch nicht mehr solange am Morgen im Bette liegen. Von der nächsten Woche ab würde er in der Frühe Bräutchen austragen.

Am nächsten Tage sprach der Herr Katechet von schlechten Instinkten und sagte, es gäbe Kinder, die genau so läbig wären, wie die Erwachlenen. Alle drehten sich nach Karl um. Daran erkannte dieser, daß der Herr Katechet sicherlich von der Abtrittegeschichte wußte. Aber er verstand nicht recht warum er ihn als Sünder bezeichnete. Wahrheitslieblich doch, weil er in seiner Selbstsucht nicht an seinen Nächsten gedacht hatte? Er zerbrach sich lange den Kopf darüber. Und schließlich konnte er nicht mehr an sich halten und fragte den Herrn Katechet. Aber der wurde sehr böse und sagte ihm, er wäre ein schlechter, durch und durch verdorbener Junge. Und die anderen Kinder lachten und kicherten.

Das Schlimmste aber war — Karl konnte nicht mehr zeichnen. Er hatte gehofft, daß die Eltern nach einiger Zeit verzeihen und ihm seine Freiheit wiedergeben würden, und hatte sogar ein Plätzchen im Hofe gefunden, wo ihn niemand sehen konnte. Aber er bekam keine Möglichkeit hinauszuweichen. Er wurde streng bewacht — sicher mußte es der Lehrer dem Vater sehr eingeschärft haben. Er hatte versucht, während des Unterrichtes auf seinen Knien zu zeichnen, aber sofort war der Lehrer bei ihm gewesen und hatte ihm verboten, die Hände vom Pulte herunterzunehmen. Uebrigens hatte er auch kein Papier mehr. Die Kinder nieden ihn. Keines wollte ihm ein Stückchen Papier schenken. Und die Schulwände durften nicht verschmiert werden.

Eines Tages fand die Mutter die Schornsteinfegerzeichnung in seiner Tasche und warf den schmutzigen, verknüllten Papiertresten fort. Karl bekam einen Wutanfall, warf sich auf die Erde, schrie und biß um sich, als man ihn aufheben wollte. Die

Diebe wurden fast stets hingerichtet,

der gemeine Totschlag dagegen aber nur durch Verweisung aus der Stadt bestraft. Brandstifter wurden zu Tode gerichtet, indem unter ihrem Kopf nasses Heu und Stroh angezündet wurde, welches außerordentlich qualmte und schmauchte.

Die Hinrichtungen waren öffentlich. Weiber und Kinder, alt und jung drängten sich dazu; das Exempel sollte breiten. Aber das Gegenteil wurde erzielt. Die schrecklichsten Verbrechen wurden für etwas alltägliches gehalten. Die Verwilderung des Volkes nahm zu und ein förmlicher Haß gegen die Justiz machte sich geltend.

Es konnte auch nicht leicht anders sein in einer Zeit, in welcher nicht selten die Richter den Henker an Grausamkeit übertrafen.

Das Volk gewöhnte sich in jener Zeit daran, an einen unverständlichen Einfuß der bösen Geister zu glauben. Hierin ist eine der Hauptursachen dieser verhängnisvollen Zustände in der Strafrechtspflege zu suchen. Auf diesem Boden allgemeiner Fingelsucht, Verwilderung und Entstellung und dieser barbarischen Kriminaljustiz ist eine ungeheuerliche Erscheinung herangewachsen, welche gegen Ende des 16. Jahrhunderts alle übrigen Flüge des deutschen Kulturlebens an festlicher, schauerlicher Eigentümlichkeit übertrug — der Hexen- und Teufelsglaube und die Hexenverfolgung.

Prügel machten ihn noch wilder, so daß man schließlich vor ihm laufen mußte. Nun wurde er noch strenger gehalten.

Aber das war seine letzte Aufsehung gewesen. Von nun ab trotzte er geduckt und ergeben herum und machte keinen Versuch mehr, seinen Kopf durchzusetzen. War es das frühe Aufstehen oder der Umstand, daß er sich nicht mehr draußen tummeln durfte? Er magerte ab, und die blauen Augen schauten trüb und gequält aus dem schmalen, bleichen Kindergesicht. In der Schule konnte er sitzen und vor sich hinstarren, ohne etwas zu sehen. Er paßte nicht mehr auf, war einer der Letzten. In den Pausen spielte er nicht, sondern stand teilnahmslos an der Schulkür. Er redete garnichts und verstand meist nicht, was man ihm sagte. Die Knaben lachten ihn aus, pöfsten und kiffen ihn. Er ließ sich alles stillschweigend gefallen.

Eines Tages, als er aus der Schule nach Hause ging, sah er am Boden einen weißen Zettel liegen. Er hob ihn auf, es war ein Strafenbahnfahrchein. Einen Schornsteinfeger konnte man wohl nicht darauf zeichnen, aber vielleicht einen Zug mit einer Lokomotive. Da bemerkte Karl, daß vielleicht nicht durchlöchert war. Also war's ein neuer, damit konnte er eine Spazierfahrt machen.

Er stieg in einen Strafenbahnwagen ein und fuhr durch die schönen breiten Straßen mit den hohen Häusern. Dann wurden die Häuser immer niedriger, der Wagen lief zwischen Gärten und Feldern. Schließlich blieb er entglücklich stehen und der Schaffner rief: „Endstation!“

Karl stieg aus und sah bewaldete Hügel und weiter ein Wasser, auf welchem Kinder Papierschiffchen schwimmen ließen, und er ging hin und schaute ihnen zu. Bald wurde er mit den Kindern bekannt und durfte mitspielen. Sie wußten nichts von seiner Schande und behandelten ihn wie ihresgleichen. Karl wurde müder, erzählte, daß er in der Stadt wohne und hierher gekommen sei um zu zeichnen. Die Kinder wollten das nicht glauben, aber Karl nahm sein Schreibzeug und zeichnete auf der letzten Seite den Teich, den Weg ringsherum mit der Bank und sogar die beiden Gänge, die auf dem Wasser schwammen.

Die Kinder waren begeistert und hielten sie auch zu zeichnen. Er mußte eine Seite nach der anderen aus seinem Heft herausreißen. Dem rothaarigen Knaben, der ihm besonders gefiel, weil er so komische Ohren hatte, gab er ein Kaninchen in den Arm, und nun wollte jedes Kind mit einem Tiere gezeichnet werden. Karl zeichnete einen Hund, eine Katze, ein kleines Pferd, ein Schaf und der letzte bekam eine Maus. Die Maus hatte große Achseln mit der Katze, dennoch war sie sehr schön mit ihrem langen, dünnen Schwanz, der sich hübsch ringelte. Jeder bekam eine Zeichnung, auf die Karl zum Andenken seinen Namen schreiben mußte. Die Kinder umdrängten ihn, bewunderten sein Können. Ein Mädchen streichelte ihm den Kopf, und der rothaarige Knabe mit den Kaninchen schenkte ihm zwei Glastigeln.

Karl war glücklich. Zum erstenmal in seinem Leben. Bis jetzt war er nur geschlagen und ausgelacht worden, wenn er zeichnete. Aber nun wurde ihm restlose Anerkennung und Bewunderung zu Teil, man rief sich um ihn, verlangte seine Zeichnungen, man liebte ihn, man liebte ihn, man bat ihn zu wiederzukommen, Karl feierte Triumphe, er war siegestrunken, noch nie hatte er so schön gezeichnet, alles gelang ihm, was er ausdachte.

Als die Kinder gegangen waren, rief er noch schnell ein Blatt aus seinem Heft — es war das letzte — und zeichnete den Schornsteinfeger mit der schrägen Leiter, und über seinem Kopfe den großen schwarzen Vogel, der gerade über dem Teiche kreiste.

Dann sah er still da. Er lächelte und war wunschlos glücklich, ach so glücklich.

Plötzlich dachte er an zu Hause. Es war schon spät, die ersten Sterne funkelten am Himmel. Vielleicht würde man ihn suchen. Oder ein Schuttmann würde ihn finden und den Eltern zurückbringen.

Er wollte aber nicht nach Hause, zu diesen Menschen, die ihn nur quälten und prügelten. Er dachte nach und sah keinen anderen Ausweg als sich zu ertränken wie Krauses Sophie, als sie ein Kind kriegen mußte und das ganze Haus hinter ihr her war wie jetzt hinter ihm. Die Schwermertigkeit war nur: er wußte nicht recht, ob man sich zum Ertrinken ausziehen mußte oder nicht.

Er zögerte lange. Schließlich beschloß er, den Rod auszuziehen, das Uebrige aber anzubehalten. Sorgfältig faltete er seine Zeichnungen zusammen, legte sie in die Rocktasche und trug den Rod einige Schritte vom Ufer weg, damit die Zeichnungen nicht naß werden konnte.

Dann ging er zufrieden in den Teich hinein.

STK. Normung der Verbandsstoffe. Der deutsche Normenausschuß stellte zusammen mit der interessierten Industrie Einheitsmaße für Verbandsstoffe fest. Es werden nur 4 Qualitäten hergestellt aus 17-, 20-, 24- und 28fädigen Woll und zwar in Breiten von 80, 100 und 120 Zentimeter, dabei hat jedes Stüd 40 Meter oder jede Rolle 240 Meter Stofflänge. Die Fabriken sind nicht verpflichtet, diese Größen und die genau vorgeschriebene Verarbeitung einzuhalten, müssen es jedoch in eigenem Interesse tun, da sich alle Krankenkassen Deutschlands, sämtliche Verbände privater und öffentlicher Anstalten sowie Heer und Marine dieser Normung angeschlossen haben und künftig nur noch genormte Fabrikate verwenden wollen.